Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- und Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit", sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt" und „Für die arbeitende Jugend".

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Erfurt Nr. 11092

Nr. 114 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18.— monatlich 6.00 Mk. einschl. Bestellgeld. | Halle, Donnerstag, den 19. Mai 1921 | Anzeigenpreis: Im achtgespalt. Anzeigenteil kostet das Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespaltenen Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 5. Jahrgang.

Oberschlesien noch immer stark bedroht.

Unsere gestrigen Meldungen über das Nachlassen des Aufstandes und den Rückzug Korfantys haben wir mit einem Fragezeichen versehen. Die neuesten Nachrichten aus Oberschlesien geben unserer Ansicht, daß die Gefahr noch nicht beseitigt ist, Recht. Sämtliche Blattermeldungen aus Oberschlesien deuten darauf hin, daß trotz des Korfantyschen Rückzugsangebots keine Entspannung der Lage eingetreten ist. Neue Ausschreitungen der polnischen Insurgenten haben sich ereignet. Auf dem Kattowitzer Güterbahnhof wurden mehrere Möbelwagen vollständig ausgeraubt. In Königshütte wurde ein Depot für Flüchtlingsbekleidung von den Polen ausgeplündert. Es wird berichtet von zwei Verordnungen Korfantys, in denen er sich Regierungsgewalt anmaßt und die eine offene Brüskierung der Ententekommission bedeuten. In der einen Verordnung wird die Ausfuhr von Zahlungsmitteln aus dem von den Insurgenten besetzten Gebiet bei schwerer Strafe verboten. In der zweiten Verordnung werden die Generaldirektoren der Gruben, die sich außerhalb Oberschlesiens befinden, aufgefordert, dorthin zurückzukehren zwecks Wiederaufnahme des Betriebs, widrigenfalls die Mitglieder des polnischen Vollzugsausschusses selbst Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung ergreifen werden.

Von zuständiger Stelle wird dazu noch mitgeteilt: In der gestrigen Morgenpresse ist mit Bezug auf das Korfantytelegramm über den Rückzug der Polen in Oberschlesien ein Optimismus zutage getreten, den weder die hiesigen noch die oberschlesischen zuständigen Stellen zu teilen vermögen. Es liegen bisher keinerlei Meldungen über einen Rückzug der polnischen Aufrührer vor. Es wäre völlig verfehlt anzunehmen, daß dieses Korfantytelegramm das Ende des oberschlesischen Aufruhrs bedeuten sollte. Auch die Ursachen, die zu dem Korfantytelegramm geführt haben, werden an zuständigen Stellen ganz anders beurteilt. Es ist kein Geheimnis, daß der französische Militärbefehlshaber General de Brentes mehr eingehende Besprechungen mit den Führern der Aufständischen gehabt hat und daß in diesen Besprechungen der gute Rat an Korfanty weiter vermittelt worden ist. Er soll offenbar versuchen, mit der Interalliierten Kommission zu neuen Verhandlungen zu kommen, um eine Demarkationslinie endgültig festzulegen. Läßt die Interalliierte Kommission sich auf Verhandlungen ein, so ist dieselbe Lage geschaffen wie früher, nur daß zum tatsächlichen Bankerott noch die Bankerotterklärung der Interalliierten Kommission kommt.

Vom Aufstandsgebiet.

Kattowitz, 18. Mai. (T. U.) Einige Gruben und Hütten sind heute, Mittwoch, aufs neue stillgelegt worden. Dieser neue Aufstand wird selbstverständlich als ein Ausdruck der Auflehnung des „polnisch-oberschlesischen Volkes" gegen den in dem Telegramm Korfantys an die Interalliierte Kommission eingeleiteten Rückzug bezeichnet werden. In Wirklichkeit ist auch bei den polnischen Arbeitern großer Arbeitswille vorhanden. Die Stillegung der Werke ist durch die Aufrührer erzwungen worden dadurch, daß die zur Arbeit kommenden Arbeiter mit Waffengewalt von den Arbeitsstätten ferngehalten wurden.

Oppeln, 19. Mai. Die polnischen Insurgenten haben ähnlich wie in Kattowitz auch vom Hauptbahnhof in Beuthen 18 Lokomotiven gestohlen. Aus den Ortschaften des Landkreises Beuthen werden stärkere Ansammlungen der Aufrührer gemeldet. Von einem Rückzug der Aufständischen ist bisher aber noch nichts zu merken. Im Gegensatz zu den Ankündigungen Korfantys haben im Kreise Kosel die Polen ihre Stellungen bei der Fähre Altkosel verstärkt, indem sie neue Erdbefestigungen anlegten. Aus dem Kreise Ratibor wird eine lebhafte Tätigkeit polnischer Streifen gemeldet. Die Stadt Rybnik wurde von den Insurgenten besetzt, die aber nach Verhandlungen den Ort wieder räumten. Während der Anwesenheit der Aufständischen in der Stadt kam es zu Ausschreitungen gegen deutschgesinnte Oberschlesier und zu Plünderungen deutscher Geschäfte. Im Kreise Groß-Strehlitz scheiterte ein Vorstoß der Aufrührer gegen Boguslin. Im Kreise Kreuzburg griffen die Polen ohne Erfolg Uschütz und Gohle an. Die Aufrührer wurden bei ihren Vorstößen durch Feuerwirkung aus dem Ort Przednosoze, der bereits auf polnischem Gebiet liegt, unterstützt. Die Insurgenten, die die Stadt Kattowitz belagern, haben neue Verstärkungen erhalten. Die polnischen Postierungen an den Stadteingängen haben Barrikaden errichtet, die jeden Verkehr unmöglich machen. Dadurch wird auch die Zufuhr von Brotgetreide aus dem Landkreise Kattowitz unmöglich gemacht. Die erregte Stadtbevölkerung ist gestern erneut beim Kreiskontrolleur vorstellig geworden und hat stärkere Maßnahmen gegen die Insurgenten verlangt. Korfanty hat an die Direktion der Vereinigten Königs- und Laurahütte eine Aufforderung gerichtet, vom 18. Mai ab auf Rechnung der polnischen Oberkontrolle von der Grube Gräfin Laura und von den Richter-Schächten täglich 16 Waggons Kohle nach Sosnowice zu senden. Der Führer der Aufständischen hat Gewaltmaßnahmen angedroht, falls sich die Verwaltung seiner Weisung nicht fügen würde. Das Kohlendepartement der Interalliierten Kommission ist von dieser neuen Gewalttat Korfantys in Kenntnis gesetzt worden. Im Laufe des gestrigen Tages sind erneut einige Gruben und Hütten, auf denen zum Teil die Arbeit wieder aufgenommen worden war, stillgelegt worden, und zwar aus wirtschaftlichen Gründen, und weil die Arbeitswilligen von den Insurgenten mit Gewalt von ihren Arbeitsstätten vertrieben wurden.

Korfantys Rückzug erzwungen.

„Daily Telegraph" meldet aus Oppeln: Korfanty wurde am Montag in energischer Weise durch die Interalliierte Kommission aufgefordert, den Rückzug unverzüglich anzuordnen und das widerrechtlich besetzte oberschlesische Gebiet zu räumen. Diese Aufforderung der Alliierten trug den Charakter eines Ultimatums.

Abberufung Le Ronds?

T. U. **Berlin**, 18. Mai. In hiesigen neutralen diplomatischen Kreisen verlautet heute mit großer Bestimmtheit, daß die Abberufung des Generals Le Rond von seinem Posten als Vorsitzender der Interalliierten Kommission Oberschlesiens unmittelbar bevorsteht. Als sein Nachfolger wird General Weygand genannt.

Lloyd Georges ernste Warnung an Frankreich.

T. U. **London**, 18. Mai. **Lloyd George hat der Reuter-Agentur folgende Erklärungen gemacht: Ich halte die Erklärungen aufrecht, die ich im Unterhause über Oberschlesien abgegeben habe. Natürlich übernehme ich nur die Verantwortung für das, was ich wirklich gesagt habe und nicht für die gefälschten und entstellten Berichte, die von der französischen Presse veröffentlicht worden sind. Die fast einstimmige Billigung, die die von mir ausgedrückten Ansichten sowohl in der amerikanischen und italienischen, als auch in der englischen Presse gefunden haben, zeigt, daß die großen Nationen, die mit Frankreich im Westen gekämpft haben, den Vertrag von Versailles ungerechter Weise auslegen wollen. Ich habe nie eine solche Uebereinstimmung in irgend einer Frage feststellen können. Alle Parteien dieser drei Länder haben denselben Standpunkt eingenommen. Es wäre bedauerlich, wenn die französische Presse einen anderen Standpunkt einnehmen sollte. Ich möchte der französischen Presse mit allem Respekt sagen, daß die Gewohnheit, einen jeden Meinungsausdruck eines Alliierten, der nicht mit der eigenen Meinung übereinstimmt, als Ungehörigkeit zu behandeln, unheilschwanger ist. Wenn diese Geistesverfassung andauern sollte, so wird sie für die Entente unheilvoll sein. Der Standpunkt, den die englische, amerikanische und italienische Presse in der oberschlesischen Frage eingenommen hat, sollte Frankreich nur natürlich sein. Sie steht zum Vertrag von Versailles und wollen die Bestimmungen des Vertrags gerecht anwenden, ob sie nun für oder gegen Deutschland ausfallen. Das Schicksal Oberschlesiens muß durch einen Obersten Rat entschieden werden, nicht durch Korfanty. Es darf den Kindern des Vertrages nicht gestattet werden, ungestraft in Europa Geschirr zu zerbrechen. Jemand muß ihnen die zügelnde Hand anlegen. Die britische Regierung war bestrebt, die Frage einer Teilung Schlesiens auf der Londoner Konferenz zu regeln. Alle Tatsachen der Volksabstimmung waren bekannt. Unsere Bundesgenossen waren aber nicht bereit, mit der Besprechung fortzufahren. Wir werden treu zu der Entscheidung stehen, die von der Mehrheit der Mächte getroffen werden wird, die auf Grund des Vertrags bei der Festsetzung der schlesischen Grenze eine Stimme haben, wie auch immer der Spruch lauten möge. Wir nehmen die Volksabstimmung als Ausdruck der Wünsche der Bevölkerung Schlesiens voll an. Da wir aber in den Krieg eingetreten sind und für die Verteidigung des alten Vertrags, an dem unser Land beteiligt war, gewaltige Verluste erlitten haben, kann Großbritannien nicht einwilligen, dabei zu stehen, während auf dem Vertrag, den seine Vertreter vor weniger als zwei Jahren unterzeichnet haben, herumgeireten wird.**

London, 19. Mai. Die gestern abend bekannt gegebene Erklärung Lloyd Georges in der oberschlesischen Frage findet in der gesamten Presse größte Beachtung und wird als ernste Warnung an Frankreich angesehen. Westminster Gazette schreibt bei den britischen und französischen Standpunkt, diese Politik, die sich auf die Absicht grnde, 60—70 Mill. Deutsche im Zustande der Unterwerfung zu erhalten, müsse fehlschlagen. Frankreich müsse Deutschland fair play geben und die Möglichkeit zur Ruhe zu kommen. — Pall Mall and Globe erklärt, das französische Volk müsse verstehen, daß England unbedingt jede Beteiligung an solchen Abenteuern wie dem polnischen ablehnen und es Deutschland überlassen werde, nach freiem Ermessen mit jedem mutwilligen Angriff der Polen fertig zu werden.

Politik der Erfüllung.

Friedrich Stampfer.

Am Tage nach der Rede Lloyd Georges schrieb die „Deutsche Zeitung", das deutschnationale Blatt, das gegen die Annahme des Ultimatums am wildesten getobt hatte, die schwerwiegenden Worte: „Die internationale Lage ist in diesem Augenblick für uns günstig." Es ist wahrscheinlich, daß seit dem Ausgang des Krieges dieser oder ein ähnlicher Satz noch in keinem deutschen Blatt gestanden hatte. Durch die Annahme des Ultimatums ist die internationale Lage in der Tat wie durch einen Zauberschlag verändert worden und die „Deutsche Zeitung" nennt sie ganz richtig „günstig".

Für manche Leute, die nicht allzufern von der „Deutschen Zeitung" zu suchen sind, ist die Gunst einer internationalen Lage freilich nur dazu geschaffen, neue Dummheiten zu begehen, durch die die Lage wieder verschlechtert wird. Man kann zusammenfassend mit gutem Grund sagen: alldeutscher Rat hat noch immer Deutschland isoliert, sozialdemokratischer Rat hat stets die Isolierung gemildert, alldeutscher Rat hat immer die ganze Welt in Feindschaft gegen uns vereinigt, sozialdemokratischer Rat hat immer einen Ausweg aus dieser Einkreisung gesucht und ihn manchmal gefunden. Diesmal ist ein Ausweg gefunden worden, und mit aller Energie soll sich das deutsche Volk dagegen wehren, daß er ihm wieder versperrt wird.

Die Befürworter der Ablehnung sagten, die Annahme nütze nichts, das Ruhrrevier würde ja doch besetzt werden. Als man sie darauf hinwies, daß der Einmarsch nicht erfolgt sei, erklärten sie, das sei nicht so gemeint gewesen, kein Mensch hätte glauben können, daß der Einmarsch der Annahme des Ultimatums sogleich folgen werde, desto sicherer werde er aber später kommen. Im Gegensatz zu dieser Behauptung kann man heute mit einem ziemlich hohen Grad von Bestimmtheit aussprechen, daß ein Einmarsch in das Ruhrrevier, wie er am 12. Mai erfolgt wäre, nämlich ein Einmarsch im Auftrag und mit Unterstützung der gesamten Entente niemals mehr erfolgen wird. Diese Gefahr scheint für immer beschworen, es würde von deutscher Seite einer kaum vorstellbaren Menge von Ungeschick bedürfen, um sie jemals wieder heraufzubeschwören. Selbst wenn wirklich Verstöße gegen die Ausführung der Bedingungen des Ultimatums festzustellen wären, würden England und Italien bei der gegenwärtigen Lage Frankreich schwerlich ein Mandat zum bewaffneten Vorgehen gegen Deutschland geben.

Soll nun daraus gefolgert werden, daß wir es mit der Erfüllung der Bedingungen leicht nehmen dürfen? Wir wären unheilbare Toren, wenn wir auch nur von der Ferne mit solchen Gedanken spielten! Denn jede Verletzung der Bedingungen würde die Folge haben, daß der französische Nationalismus aufs neue in der Welt Oberwasser gewänne, und wenn auch ein Auftrag an Frankreich, das Ruhrrevier zu besetzen, für die Zukunft zu den unwahrscheinlichen Dingen gehört, so könnte die Besetzung dann eines Tages doch erfolgen, unter stillschweigender Genehmigung der europäischen Hauptmächte. Das aber ist's, was die französischen Nationalisten wollen, sie haben das Ziel der Besetzung des Ruhrreviers noch nicht aufgegeben und lauern nur auf eine günstige Gelegenheit. Die deutsche Politik muß darauf gerichtet sein, ihnen eine solche Gelegenheit zu versagen und, soweit ihr Einfluß reicht, die internationale Lage so zu gestalten, daß ein französischer Vormarsch, wenn er eines Tages dennoch erfolgte, von der ganzen Welt als ein frivoler Friedensbruch, ein räuberischer Ueberfall auf einen im Augenblick wehrlosen Nachbar erkannt würde.

Diese Erwägung führt zu dem Schluß, daß jetzt zur Erfüllung der von uns angenommenen Bedingungen auch das alleräußerste an Opfern gefordert werden muß. Das gilt nicht nur für die finanziellen Bedingungen, sondern auch für die Entwaffnung und die Prozeßführung gegen die Kriegsverbrecher. Um mit dem Letzten zu beginnen: Niemand in der Welt kann von einem deutschen Gericht verlangen, daß es wider besseres Wissen Unschuldige bestraft. Was gefordert werden kann und gefordert werden muß, ist eine Aufhellung der behaupteten Tatbestände, und wo sich aus ihr eine wirkliche Schuld ergibt, ist eine entsprechende Sühne nicht mehr und nicht weniger als eine Forderung der Gerechtigkeit.

Dasselbe gilt von der Entwaffnung. Daß der gegenwärtige Bewaffnungszustand Deutschlands zu Zwecken der nationalen Verteidigung nicht ausreicht, geht aus den Ereignissen der letzten Zeit klar hervor. Kein Mensch in Deutschland kam auf den Gedanken, daß man dem Vormarsch der Franzosen gewaltsamen Widerstand entgegensetzen könnte, jedem ann wußte, daß die dazu notwendige Bewaffnung nicht mehr vorhanden ist. Die vorhandenen Reste genügen gerade nur noch, um den Feind ins Land zu ziehen, nicht ihn fernzuhalten, und verdienen daher nichts anderes, als schleunigst fortgeworfen zu werden. In absehbarer Zeit kann Deutschland den Kampf um sein Recht nur mit diplomatischen Waffen führen, später werden die jetzt im Bettstroh versteckten Ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210519-16/fragment/page=0001

wehr: längst verrostet sein. Es gibt daher nur eine Losung: Fort mit ihnen!

Zur Erfüllung der ersten finanziellen Bedingungen, zur Zahlung der ersten Milliarde hat sich die deutsche Regierung schon bereit erklärt. Die nächste Vierteljahrsrate von 500 Millionen wird dann am 15. Januar nächsten Jahres fällig. Bis dahin haben wir Luft, und dann müssen wir uns weiter helfen.

So wird es uns gelingen, die von uns angenommenen Bedingungen solange zu erfüllen, bis etwa unser Nichtweiterkönnen ganz offensichtlich wird und wir, angesichts einer veränderten Weltlage, auf eine gerechte Beurteilung unserer tatsächlichen Lage im Ausland rechnen können. Dies ist der einzige Weg, der aus der Wirrnis herausführt, wer einen besseren weiß, der mag ihn nennen. Wer aber keinen besseren weiß und den einzigen Rettungsweg mit uns zu gehen sich weigert, **der handelt aus Eigennutz, Bosheit oder Dummheit als Feind gegen sein eigenes Land und Volk.**

Die deutsche Zahlungstilgung.

Paris, 19. Mai. Die Reparationskommission erhielt die deutsche Note wegen der Bezahlung der 150 Millionen Goldmark. Es sind jetzt 140 Millionen zur Ueberweisung bereit, nämlich 11 675 000 Dollars, 3½ Millionen englische Pfund, 22 Millionen französische, 4 Millionen schweizer und 12 Millionen belgische Franken, 2 Millionen holländische Gulden, 8¼ Millionen spanische Pesetas, 6½ Millionen dänische, 3 Millionen schwedische und 3½ Millionen norwegische Kronen. Die restlichen 10 Millionen Goldmark ist die deutsche Regierung zu überweisen bereit, sobald ihr die Adresse angegeben wird. Die Alliierten wollen nun beschließen, in welcher Weise die zur ganzen Milliarde gehörenden weiteren 850 Millionen Goldmark von Deutschland abzuliefern sein werden.

Die schwebende Schuld des Deutschen Reiches an diskontierten Schatzanweisungen beträgt gegenwärtig etwa 174 Milliarden Mark.

Die Reichsregierung gegen die Bildung von Freiwilligen-Verbänden.

Berlin, 19. Mai. Amtlich. Die Not der bedrängten deutschen Bevölkerung in Oberschlesien hat in weiten Kreisen des deutschen Volkes, insbesondere bei den heimatberechtigten Oberschlesiern, den Willen wachgerufen, den schwer gefährdeten Brüdern in Oberschlesien beizustehen. So großes Verständnis die Reichsregierung für dieses Empfinden und die große Erregung der Bevölkerung hat, so scharf muß sie den Bestrebungen entgegentreten, die darauf abzielen, durch Anwerbung und Bildung von Freiwilligenverbänden, Freikorps usw. den bedrängten Oberschlesiern aus anderen Teilen des Reiches selbständig zu Hilfe zu eilen. Hierdurch werden die zur Verteidigung der deutschen Interessen in Oberschlesien von der Reichsregierung eingeleiteten Schritte nicht gefördert, sondern gestört. Die Reichsregierung macht mit aller Entschiedenheit darauf aufmerksam, daß solche Anwerbungen und Zusammenschließungen zu militärischen Verbänden den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufen und daß Zuwiderhandlungen mit Strafen bedroht sind. Es wird daher zur Vermeidung der gesetzlichen Strafolgen dringend davor gewarnt, solche Aufforderungen in irgendeiner Form zu erlassen, insbesondere sie in der Presse aufzunehmen.

Berlin, 19. Mai. Dem Auswärtigen Amt ist eine Note der interalliierten Militärkommission zugegangen, worin darauf hingewiesen wird, daß in verschiedenen Teilen Deutschlands Anwerbungen von Freiwilligen für Schlesien stattfinden. Es wird gefordert, sofort Maßnahmen zu treffen, um diese Anwerbungen, die im Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrages ständen, zu verhindern und die Auflösung der in Schlesien bereits gebildeten Formationen herbeizuführen. Die Kontrollkommission bittet um Mitteilung der zu diesem Zweck unternommenen Schritte.

Richtlinien der Reichsregierung in der Entwaffnungsfrage.

Wie die „Telegraphen-Union" erfährt, hat die Reichsregierung in einer Note an die bayerische Regierung Richtlinien für die Ausführung des Entwaffnungsgesetzes vom 23. März gegeben und die Einreichung einer Liste der Organisationen verlangt, welche nach dem Entwaffnungsgesetz aufgelöst werden müssen. Nach diesen Anweisungen der Berl. Regierung unterliegt es keinem Zweifel, daß alle Selbstschutzorganisationen, auch die bayerischen Einwohnerwehren, unter diejenigen Organisationen zu rechnen sind, die aufgelöst werden müssen.

Die Ansicht des Herrn v. Kahr.

Der bayerische Ministerpräsident erklärte einem ungarischen Journalisten, daß sich Bayern durch keinen Bundesstaat in seiner Reichstreue übertreffen lasse (!). Aber es will sein staatliches und kulturelles Eigenleben. Keiner der Politiker habe je an einen Separatismus Bayerns gedacht (?). Die Einwohnerwehr sei nichts anderes, als eine Selbstschutzorganisation zur Unterstützung der Polizei.

Die Liga für Menschenrechte.

In Paris fand zu Pfingsten der Kongreß der Liga für Menschenrechte statt. Der Berichterstatter erklärte, das deutsche Kabinett sei offenbar gewillt, die Bedingungen des Ultimatums zu erfüllen. Eine verschönliche Politik Briands sei bei weitem einer Politik der Gewalt vorzuziehen. Professor Aulard von der Sorbonne verlangte, daß Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werde, sobald es durch die Erfüllung seiner Wiedergutmachungsverpflichtung den Beweis der Aufrichtigkeit gegeben habe. Hierauf nahm der Kongreß eine Reihe von Entschließungen an, in denen unter andern die Entwaffnung Deutschlands gefordert wird, damit Frankreichs Sicherheit gewährleistet sei. Nur dadurch dürfte eine allgemeine Abrüstung möglich werden und gleichzeitig die deutsche Republik gegen reaktionäre Staatsstreiche geschützt sein. Eine Politik militärischer Zwangsmaßnahmen sei aber abzulehnen. Der erste Grundsatz müsse sein, den Wiederaufbau so schnell wie möglich mit allen Kräften auszuführen. Das schließt eine Annahme deutschen Materials und deutscher Arbeitskräfte ein. Weiter wird gefordert, eine Solidarität aller Völker und angesichts der Kriegsschulden eine internationale Liquidation der Kriegsschulden. Ferner wird der Wunsch nach Zusammenarbeit mit den Friedensfreunden in Deutschland, namentlich den Demokraten und Sozialisten, ausgesprochen. Ein Ausschuß beantragt: 1. in allen Ländern die Bildung von Ligen für Menschen- und Bürgerrechte einzuleiten; 2. die Vertreter der schon bestehenden Ligen zu einer Konferenz zusammenzuberufen, um eine gemeinsame Propagandaaktion bezüglich der Wiedergutmachungsfrage, der Liquidation der Kriegsschulden, der Entwaffnung und Aufrechterhaltung des Friedens zu veranlassen. Endlich wurde beschlossen, die Untersuchung über die Kriegsursachen fortzusetzen.

Der Einspruch des Deutschen Lehrervereins gegen den Reichsschulgesetzentwurf.

Der Deutsche Lehrerverein hatte, wie bereits kurz berichtet, auf seiner am 25. d. Mts. in Stuttgart gehaltenen Tagung den Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 146 Absatz 2 in schärfster Form eine Absage erteilt. In der ausführlichen Entschließung wird besonders betont, daß der Entwurf unter der harmlosen Benennung Bekenntnisschule eine völlige Verkirchlichung des Volksschulunterrichts herbeiführen und die Einheit des deutschen Volksschulwesens und damit die Einheit und Freiheit des Lehrerstandes vernichten würde. Die weltliche und Weltanschauungsschule in dem Entwurfe sei ein bloßes Schaugericht, um die Verkirchlichungsbestrebungen zu verdecken. Der Schlag richte sich gegen die Simultanschule und damit gegen diejenige Schule, die berufen erscheint, eine Volks- und Staatserziehung auf gemeinsamer Grundlage zu schaffen. Der gegenwärtige Entwurf hebe auch die Wirkungen des Grundschulgesetzes auf und schaffe grundsätzlich verschiedene Rechte für die Grund- und Volksschule einerseits und die mittleren und höheren Schulen andererseits.

•

Ausbau des Deutschen Lehrervereins zur Gewerkschaft.

Der Deutsche Lehrerverein hat auf seiner in Stuttgart gehaltenen Tagung beschlossen, den Verein zur Lehrergewerkschaft auszubauen. Er arbeitet nach gewerkschaftlichen Grundsätzen unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel. Die letztere Bestimmung, die das Mittel des Streiks in sich schließt, gelangte gegen eine Minderheit von 50 Vertretern zur Annahme. Die Mitgliederbeiträge werden wesentlich erhöht. Der Verein tritt dem Deutschen Beamtenbund bei und wirkt dafür, daß dieser als gewerkschaftliche Vertretung mit den Organisationen der Angestellten- und Arbeiterschaft zusammenarbeitet.

Preußische Regierungsbildung und Statistik.

Im „Berliner Tageblatt" veröffentlicht der demokratische Landtagsabgeordnete F. Hoff einen Aufsatz, indem er nachzuweisen versucht, daß die Mehrheit der alten Koalition keine Koalition sei. Zieht man nämlich Oberschlesien von Preußen ab, so haben Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten ihre Mehrheit verloren. Rechnet man ferner alle Unabhängigen ohne weiteres zu den Gegnern der alten Koalition, so haben nur Schlesien, Westfalen, Hessen-Nassau und die Rheinprovinz eine Mehrheit der alten Koalition, die sieben anderen preußischen Provinzen nicht. Zu dieser zahlenmäßigen Schwäche rechnet Herr Hoff der alten Koalition ihre innere Schwäche an. Auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet bestünden vielfache tiefgehende grundsätzliche Gegensätze, und deshalb werde die Mehrheit bei vielen Anlässen eine Minderheit werden. Um die innere Einheit der Regierungskoalition zu verstärken, fordert Herr Hoff die Aufnahme der Deutschen Volkspartei. Es liegt ja auch auf der Hand, daß zwischen Volkspartei und Sozialdemokratie so vielfache tiefgehende grundsätzliche Gegensätze nicht bestehen wie etwa zwischen der Sozialdemokratie und den beiden bisherigen Koalitionsparteien. Nicht wahr Herr Hoff?

In Wahrheit ist die ganze Hoffsche Statistik eine leere Spielerei. Die Demokraten könnten nunmehr endlich wissen, daß es die Regierungskoalition von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei nicht gibt. Die Sozialdemokratie in Preußen ist lieber aus der Regierung ausgeschieden, als daß sie mit der Deutschen Volkspartei darin geblieben wäre, und die Deutsche Volkspartei hat ein für allemal die Braun und Severing für sie als unannehmbar erklärt. Es gibt im preußischen Landtag nur zwei Mehrheiten: die alte Koalition, der die U.S.P. keine unnötigen Schwierigkeiten machen wird, und der bürgerliche Block von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen, der jetzt regiert. Wer in kindlichem Eigensinn immer wieder erklärt, die Quadratur des Zirkels müsse doch gefunden werden, Deutsche Volkspartei und Sozialdemokratie müßten doch zusammengespannt werden, der will damit nur verdecken, daß er die alte Koalition ablehnt und die Koalition mit den Deutschnationalen vorzieht. Denn daß jetzt, nachdem die Volkspartei sich für Ablehnung des Ultimatums entschieden hat, nachdem sie ihren Willen bekundet hat, den Versuch zur Rettung des Ruhrreviers und Oberschlesiens zu unterlassen, nachdem sie somit gezeigt hat, daß sie auch als Regierungspartei gegen die deutschnationale Demagogie nicht den Mut der eigenen Meinung hat, noch weniger als vorher an ein Zusammengehen zwischen Sozialdemokraten und Volksparteilern zu denken ist, das sollten nachgerade auch die Demokraten eingesehen haben.

Aber der Artikel des Herrn Hoff — in der jetzt gegebenen Situation — ist nur ein Beweis mehr dafür, daß Zentrum und Demokraten geringe Neigung an den Tag legen, die preußische Regierung entsprechend der Zusammensetzung der Reichsregierung umzubilden. In die gleiche Richtung weist neuerdings das Auftreten des Kultusminister Dr. Becker, der zwar in Frankfurt bei der Eröffnung der Arbeiterakademie noch versprochen hat, den alten Kurs weiter zu steuern, aber jetzt sich doch auf ein dauerndes Ministersein mit gesamtbürgerlicher Hilfe einzurichten scheint. Anders ist es wohl nicht zu verstehen, daß er die Maßregelungsversuche gegen den bekannten sozialdemokratischen Stadtverordneten und Schulleiter Dr. Ostrowski unterstützt, daß er den Fall des Direktors Burg in Charlottenburg wieder aufrollt und in diesen wie in anderen sachlich viel wichtigeren Fragen die bisherigen freierdenkenden Referenten kalt stellt.

Die Sozialdemokratie kann dieser Entwicklung sehr ruhig entgegensehen. Es liegt wahrhaftig nicht so, daß die Regierungsteilnahme in Preußen eine Belohnung dafür sein könnte, daß man im Reiche die schwersten Verantwortungen

---

„König Kohle."

Roman von Upton Sinclair.

(39. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Das waren die letzten Worte, die Hal sprach, alltägliche, dem Augenblick angepaßte Worte; wenn er sich ihrer jedoch später entsann, so schien es ihm ein seltsames Zusammentreffen gewesen zu sein. Denn während er dort plauderte, befanden sich die armen Teufel im Berg inmitten eines jener Erlebnisse, die die Romantik und den Schrecken des Grubenlebens ausmachen. Einer, der gegen jedes Kinderschutzgesetz im Erdinnern arbeitenden Knaben machte eine Dummheit. Es war dies ein „Bremser", dessen Aufgabe darin bestand, einen Stock zwischen die Räder des gefüllten Karrens zu stecken, um ihn aufzuhalten. Er war ein kleiner Junge, und als er den Stock ins Rad steckte, hatte sich der Karren bereits in Bewegung gesetzt. Der Knabe wurde gegen die Wand geschleudert, und eine Kohlenladung raste die Steigung hinab; hinterher liefen, zu spät, einige sechs Mann. Mit immer wachsender Geschwindigkeit flog der Karren um eine Biegung, entgleiste, fuhr in aufgestapelte Balken hinein, sie auseinanderwerfend. Die Balken wirbelten im Sturz einen Strom von jahrzehntealtem Kohlenstaub auf; ein elektrischer Beleuchtungsdraht berührte, einen Funken erzeugend, den Karren.

Und so kam es, daß Hal plötzlich im Gespräch mit dem Berghauptmann ein betäubendes Dröhnen vernahm, es mehr fühlte als hörte; die Luft im Zimmer schien lebendig, körperlich geworden zu sein, versetzte ihm einen Schlag, der ihn auf den Fußboden hinstreckte. Das Fenster stürzte klirrend, zersherbend ins Zimmer, von der Decke bröckelte der Stuck ab.

Da Hal sich, halb betäubt, zu erheben versuchte, sah er den Berghauptmann ebenfalls am Boden liegen; die beiden starrten einander entsetzt an. Noch ehe sie aufzustehen vermochten, dröhnte es über ihren Häuptern; die halbe Decke stürzte ein, ein großer Balken senkte sich von oben herab. Von allen Seiten donnerte und krachte es, als sei das Weltende gekommen.

Sie sprangen auf und erreichten eben die Tür, als ein zerklüftetes Stück Balken in den Gang fiel; mit einem Satz wichen sie zurück. „In den Keller," rief der Berghauptmann, die Hintertreppe hinabeilend.

Doch noch ehe sie völlig hinuntergelangten, war das Dröhnen verstummt. „Was war das?" stammelte Hal atemlos.

„Eine Grubenexplosion," sagte Cotton. Nach einigen Minuten strebten sie wieder der Tür zu.

Vor ihren geblendeten Augen stieg eine ungeheure Rauch- und Feuersäule zum Himmel empor; sie verbreitete sich immer mehr und mehr, bis es um sie herum Nacht geworden war. Eine Art feinen Staub- und Schuttregens fiel aufs Dorf nieder, als sie langsam die Urteilsfähigkeit erlangt hatten, erkannten sie, daß das Schachtgebäude von Nr. 1 verschwunden war.

„In die Luft geflogen, bei Gott!" rief der Berghauptmann aus. Die beiden rannten die Straße entlang, blickten sich um und sahen, daß ein Teil des Daches von Cottons Büro eingestürzt war.

Der Schuttregen hatte aufgehört, doch durchwogten dichte Staubwolken die Straße und bedeckten die beiden Männer mit schwarzem Staub; immer dichter wurden die Wolken, bis man fast nicht mehr die Hand vor den Augen sehen konnte. Und zusammen mit der Finsternis kam eine große Stille, die nach dem Dröhnen der Explosion und dem Krachen der Trümmer wie das Schweigen des Todes anmutete.

Einige Augenblicke stand Hal betäubt; er sah einen Strom von Männern und Knaben aus dem Bergwerk drängen, aus jeder Straße kamen Frauen geeilt, alte Frauen, junge Frauen, die das Essen auf dem Herd, die Babys in den Wiegen gelassen hatten; die größeren Kinder klammerten sich schreiend an die Röcke der Mütter, und alle drängten sich in dichten Schwärmen um die Schachtöffnung, die dem rauchenden Krater eines Vulkans glich.

Cartwright, der Oberaufseher, erschien, lief in die Richtung des Fächergebäudes; Cotton holte ihn ein, und Hal folgte. Das Fächergebäude war eine Ruine, die Riesenfächer lagen etwa hundert Schritt entfernt zertrümmert am Boden. Hal war in Grubendingen zu unerfahren, um die volle Bedeutung dieser Tatsache erfassen zu können; doch sah er, wie der Berghauptmann und der Oberaufseher einander entgeistert anstarrten, hörte ersteren brummen: „Nun ist alles aus!" Cartwright schwieg, die dünnen Lippen zusammengepreßt, Angst in den Augen.

Die beiden Männer eilten, von Hal gefolgt, zur rauchenden Schachtöffnung zurück. Hundert, zweihundert Frauen standen sich hier, schrien Fragen durcheinander. Sie umdrängten den Berghauptmann, den Oberaufseher, die anderen Aufseher, sogar Hal, schrien hysterische Worte auf polnisch, böhmisch und griechisch. Und da Hal verständnislos den Kopf schüttelte, stöhnten sie verzweifelt und brüllten auf. Einige starrten unentwegt in den Schacht hinab, andere verhüllten die Augen oder fielen schluchzend, mit erhobenen Händen laut betend, auf die Knie.

Allmählich wurde Hal das ganze Entsetzen der Grubenkatastrophe klar. Nicht Lärm und Rauch und Finsternis, nicht die halb wahnsinnigen, heulenden Weiber, nichts, was über der Erde war, aber das dort unten, im rauchenden Schacht! Dort waren Menschen! Männer, die Hal kannte, mit denen er gescherzt, deren Lachen er geteilt, deren tägliches Leben ihm nicht mehr fremd gewesen. Viele, hunderte vielleicht, befanden sich unter seinen Füßen, tot, verletzt, verstümmelt. Was werden die oben für sie tun? Hal versuchte zu Cotton zu gelangen, ihn zu befragen, doch ist der Berghauptmann umringt, belagert. Er stößt die Frauen zurück: „Geht! Geht nach Hause!" Sie schreien auf. Wie? Sie sollen nach Hause gehen? Und ihre Männer sind drunten, in der Grube! Sie drängen sich noch näher an den Berghauptmann, flehend, heulend.

„Geht! Geht!" wiederholt er unaufhörlich. „Ihr könnt nichts tun. Für den Moment kann niemand etwas tun. Geht nach Hause! Geht!" — Er mußte sie mit aller Gewalt zurückstoßen, damit sie einander nicht im Gedränge in die Schachtöffnung hineinwarfen.

Wohin Hal sich wandte, überall sah er schmerzgekrümmte Frauengestalten; einige standen unbeweglich mit weit aufgerissenen, starren Augen, wie hypnotisiert, andere saßen auf der Erde, die Körper hin- und hewiegend, wieder andere lagen auf den Knien, die Gesichter im Gebet nach oben gewandt, erschrockene Kinder verkrampften ihre Hände in die Röcke der Mütter. Hal sah eine Oesterreicherin, ein kläßliches, blasses, junges Ding, den Kopf mit einem zerrissenen grauen Tuch bedeckt; sie streckte die Arme aus, schrie: „Mein Mann! Mein Mann!" Dann verhüllte sie ihr Gesicht, der Schrei erstarb zu einem tonlosen Wimmern der Verzweiflung: „O, mein Mann! O, mein Mann!" Sie wandte sich um, schwankend, wie ein Geschöpf, das den Todesstoß empfangen hat. Hals Augen waren wie festgebannt an ihrer Gestalt; ihr unaufhörlich wiederholter Ruf ward zum Leitmotiv dieser Symphonie des Grauens.

Er hatte oft in der Zeitung von Grubenunglücken gelesen; hier jedoch ward die Katastrophe lebendig, das Wort wurde Fleisch und Blut. Unerträglich war seine und der ganzen Welt Ohnmacht, die ihm durch Cottons Ausruf und den Antworten der Begleute immer klarer wurde. Es war ungeheuerlich, schier unfaßbar — und doch war es so. Ein neuer Fächer mußte beschafft werden, es gab nichts anderes zu tun, als die Herbeischaffung abzuwarten; dann, wenn er aufgesetzt und in Bewegung gesetzt war, mußte man aber-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210519-16/fragment/page=0002

übernimmt; sondern das Regieren in Preußen ist auch an sich für eine sozialistische Partei eine schwere Last. Wir haben gezeigt, daß wir bereit und fähig sind, sie zu tragen und Verantwortung nicht scheuen, aber wir drängen uns nicht dazu. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die Oppositionsstellung in Preußen, die selbstverständlich auch die schärfste Oppositionsstellung im Reiche zur Folge haben muß, der Partei sehr gut bekommt, und wenn die bürgerlichen Parteien durchaus wollen, wird die Sozialdemokratie es zu ertragen wissen, daß sie außerhalb der Regierung steht. Es wäre ja nicht das erstemal, daß man die ihr gegebenen Zusicherungen nicht innehält.

Nur in einer Beziehung könnte man aus der statistischen Spielerei des Herrn Hoff ernste Folgerungen ziehen. Im Reichstag ist überhaupt keine Mehrheit herauszurechnen, und dieser Zustand wird auf die Dauer nicht zu tragen sein.

Unabhängige und sozialistische Regierung.

Die Unabhängigen können sich noch immer nicht darüber beruhigen, daß die Sozialdemokratie wieder in die Regierung eingetreten ist und daß sie es abgelehnt hat, auf der schwachen Grundlage einer rein sozialistischen Regierung Politik zu treiben. Es ist wohl eine Selbstverständlichkeit, daß wir nicht der schönen Augen bürgerlicher Parteien willen in das Kabinett gegangen sind, sondern eben einzig und allein darum, das Reichsschiff durch die gefahrendrohenden Klippen zu steuern und wenigstens für die nächsten Monate im Interesse des deutschen Volkes die Durchführung der Bestimmungen des Friedensvertrages zu gewährleisten. Die Sozialdemokratie erkennt das demokratische Prinzip an; solange hierin keine Aenderung eintritt, wird sich unsere Partei der Mitarbeit jener Parteien nicht verschließen können, die sich für den Bestand der Demokratie und der Republik einsetzen. Die Auffassung unserseits ist eine grundsätzliche, weshalb es höchst dumm von unabhängigen Zeitungen ist, wenn sie diese Tatsache als „Verrat" usw. bezeichnen. Ihre Kritik sollten sie, wenn sie als Politiker ernst zu nehmen wären, auf den programmatischen Unterschied zwischen USPD. und SPD. beschränken. Dieser Unterschied aber zeigte sich mit aller Schärfe in jenem Satz, den die hallische „Volkszeitung", das Organ der USPD., in einem Artikel, „Sozialistische Regierung" überschrieben, prägte. Es heißt da:

„Nun wendet aber der „Vorwärts" ein, daß die sozialistische Regierung keinen einzigen Schritt ohne die Unterstützung seitens einer bürgerlichen Partei hätte tun können und daß eine solche Unterstützung durch „stille Zugeständnisse" an eine bürgerliche Partei hätte erkauft werden müssen. Es versteht sich von selbst, daß unsere Partei solche Zugeständnisse unter keinen Umständen gewähren und bei hartnäckigem Widerstand der bürgerlichen Parteien nicht scheuen würde, auch gegen das Parlament zu regieren."

Mit dieser Auffassung, d. h. der Diktatur, kann sich selbstverständlich unsere Partei nicht befreunden. So mutig und kraftmeierisch dieser Ausspruch der „Volkszeitung" auch klingt, er ist doch . . . furchtbar naiv und die politische Meinung, welche sich darin ausdrückt, scheint einem phantastischen Kopf entsprungen zu sein. Die Möglichkeit, auf diese Art Politik zu machen, wollen wir getrost der USPD. überlassen. Die Sozialdemokratie respektiert die Demokratie und wird auch ohne Hilfe der völlig verworrenen Taktik der USPD. den Sozialismus erkämpfen.

Das Verdienst der Sozialdemokratie.

In der „Welt am Montag" lesen wir:

Zwei Parteien haben sich in diesen Tagen ein wirkliches Verdienst um das deutsche Volk erworben: das Zentrum **und die Sozialdemokratie.** Das Zentrum, indem es die volle Verantwortung für eine zwar durchaus notwendige, trotzdem im Phrasensinne aber keineswegs „populäre" Politik übernahm. Die Sozialdemokratie, indem sie unter Zurückstellung ihrer eigentlichen Parteiforderungen an der undankbaren Aufgabe einer Kabinettsbildung teilnahm, die allein diese Politik möglich machte.

Die „patriotische" Rechte war gewillt, das Ruhrrevier sehendes Auges preiszugeben. Die „internationale" Sozialdemokratie hat es uns erhalten.

Zum Dante dafür wird sie der „Futterkrippenpolitik" bezichtigt. Von denselben Herrschaften, die Jahrzehnte hindurch, solange es ebenso ungefährlich wie einträglich war, die staatliche Futterkrippe für sich monopolisierten.

Schäbige Gesellschaft!

Endgültige Regelung der Ortsklasseneinteilung bis Oktober.

Der amtliche preußische Pressedienst schreibt: Nachdem das Gesetz, betreffend die vorläufige Neuaufstellung des Ortsklassenverzeichnisses im Reichstag angenommen worden ist, gehen dem preußischen Finanzministerium von Städten, Gemeinden, Orts- und Provinzialkartellen des Deutschen Beamtenbundes und sonstigen Körperschaften Eingaben und Kundgebungen in großer Zahl zu, in denen gegen die Art der Einreihung von Orten in das Ortsklassenverzeichnis Einspruch erhoben und sofortige Abänderung verlangt wird. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß es sich um eine vom Reichstag beschlossene vorläufige Regelung der Ortsklasseneinteilung handelt, die nach vorherigem Einvernehmen mit den Spitzenverbänden der Beamtenschaft getroffen worden ist. Die Hebung mehrerer Tausender von Orten in zahlreichen Fällen um verschiedene Klassen bedeutet für einen großen Teil der Beamtenschaft eine erhebliche Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage und war lediglich veranlaßt, um die Beamten möglichst bald in den Genuß der erhöhten Bezüge zu bringen. Die endgültige Regelung soll bis zum 1. Oktober 1921 mit Wirkung vom 1. April 1920 ab erfolgen. Den Beamtenvertretungen wird vor der endgültigen Regelung noch Gelegenheit gegeben werden, ihre Wünsche vorzutragen. Eine augenblickliche Abänderung des Ortsklassenverzeichnisses ist nicht möglich. Es ist daher völlig zwecklos, daß dahingehende Wünsche in Eingaben und Telegrammen den Zentralinstanzen vorgetragen werden. Von einer Beantwortung dieser Eingaben im einzelnen muß daher abgesehen werden.

Königliche Hoheit-Schieber.

Der Potsdamer Film hat eine Fortsetzung erfahren. Nach der Komödie, die mit dem Dritten Band von Bismarcks „Erinnerungen" getrieben wurde, nach dem Rührstück, das man aus dem Begräbnis der Kaiserin machte, nun ein Kriminalroman! Prinz Eitel Friedrich wird zu 5000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er einen „Notgroschen" für seine Familie nach Holland in Sicherheit brachte. Der arme Prinz fürchtete, eine hochradikalere Entwälzung in Deutschland mache ihn zum armen Schlucker. Schrecklich, so etwas! — Wenn wir recht unterrichtet sind, haben doch die Prinzen alle ein Handwerk lernen müssen. Es gibt in Deutschland viele Handwerker, die durch den Krieg ganz oder halb bankerott geworden sind. Wenn die alle einen „Notgroschen" nach Holland verschieben wollten!

Ach, unsere Richter! Wie schnell sie durch das Unglück des Hohenzollern-Prinzen gerührt wurden! Wie schnell sie 15 000 Mark Geldstrafe auf 5 000 Mark herabmilderten. Sie konnten sich nicht entschließen, die 337 000 Mark zu beschlagnahmen. Wie ist es nur möglich, daß die Samtpfötchen unserer Justiz manchmal so scharfe Krallen haben?

Politik des Irrsinns der V. K. P. D. In Frankfurt a. M. wurde eine öffentliche Protestkundgebung gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens, die von den drei Regierungsparteien einberufen worden war, von Kommunisten gestört. Die Kommunisten drangen gegen die Rednertribüne vor, wobei es zu Tätlichkeiten und Schießereien kam. Nachdem Schutzpolizei die Ruhestörer vertrieben und einige Verhaftungen vorgenommen hatte, konnte die Veranstaltung fortgesetzt werden. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird feierlichst Verwahrung gegen jeden Versuch eingelegt, den klar bekundeten Volkswillen der Oberschlesier durch Gewalt zu beugen, und die Erwartung ausgesprochen, daß die Interalliierte Kommission für die Widerherstellung der Ruhe und Ordnung sorgen und die schwerbedrängte deutsche Bevölkerung gegen alle Gewaltaktionen schützen werde.

Zwei edle Seelen. Die Sozialdemokratie hat im preußischen Landtag eine große Anfrage eingebracht. Sie betrifft die Personalpolitik, die die Regierung Stegerwald in der preußischen Verwaltung zu treiben gedenkt. Bezeichnenderweise bringen die „Kreuz-Zeitung" und die „Rote Fahne" diese Anfrage unter der gleichen Ueberschrift: „Die Angst um die Parteikrippe". Es ist charakteristisch für die rein demagogische Politik der beiden Extreme, daß Kommunisten wie Deutschnationale die Frage der preußischen Verwaltungsreform, in der nicht zuletzt der Kampf um die politische Macht sich entscheidet, nur unter dem Gesichtswinkel der Stellenjägerei sehen können oder zum mindesten so tun, als sähen sie nichts anderes dahinter. Die edlen Seelen finden sich immer wieder!

Zu den italienischen Wahlen

schreibt der „Vorwärts":

Es dürften noch einige Tage vergehen, ehe die Ergebnisse der am Sonntag vorgenommenen Wahlen vollständig und endgültig vorliegen. Die bisher gemeldeten Zahlen sind jedoch umfassend und eindeutig genug, um eine Beurteilung der neuen politischen Situation in Italien zu gestatten.

Was mit Sicherheit vorauszusehen war und hier oft genug vorausgesagt wurde, ist eingetroffen. Auch in Italien verliert das Proletariat durch eigene Schuld, oder vielmehr durch die Schuld seiner Führer am Boden. Einen glänzenden Aufschwung hatte die Sozialistische Partei bei den Wahlen im November 1919 erlebt: 156 Sozialisten aller Schattierungen waren als Vertreter einer geeinigten Partei in Montecitorio eingezogen, und es schien, als ob gerade in Italien die Tage der bürgerlichen Gesellschaftsordnung gezählt wären. Aber durch ihre Erfolge übermütig geworden, glaubten die radikalen Führer des linken Flügels der Partei, ihre Zeit sei schon jetzt gekommen, und sie versuchten nun, nach bolschewistischem Muster die Macht zu ergreifen. Sie führten sich hierzu um so mehr verpflichtet, als die italienische Partei, die während des Krieges aus rein pazifistischen Gründen aus der Zweiten Internationale ausgetreten war, inzwischen der Moskauer Internationale beigetreten war. Es folgte nun eine Zeit ununterbrochener politischer Streiks und sonstiger Aktionen, von denen die meisten mißlangen. Gesteigerte radikale Phraseologie mit weiteren krampfartigen Gewaltexperimenten war die Folge dieser ersten Enttäuschungen. Und die weiteren Folgen ergaben sich sodann von selbst: Enttäuschung und Entmutigung, d. h. Zunahme der politischen Gleichgültigkeit im Lager der Arbeiterschaft, „Verrats"-Geschrei der Linksradikalen, der eigentlichen Schuldigen an diesem Niedergang, gegen die „bremsenden", d. h. erfahrenen Führer des rechten Flügels, wie Turati und Treves, deren Ausschluß bald verlangt wurde, und schließlich die Spaltung von Livorno, bei der auch das „Zentrum" unter Führung von Serrati ebenfalls als „konterrevolutionär" auf Moskaus Befehl von der kommunistischen Internationale ausgestoßen wurde. Aber die gleichzeitige, unvermeidliche und schlimmste Folge dieser blödsinnigen Taktik war, daß sich das Bürgertum zur Wehr setzte, sich zusammenschloß, eigene bewaffnete Organisationen, die Fascisten-Verbände bildete, die sehr bald in ganz Italien das Feld beherrschten.

Von der proletarischen Revolution ist man jetzt in Italien weit mehr entfernt als vor zwei Jahren. Das ist der neueste „Erfolg" der kommunistischen Theorie und Praxis, der nur eine Bestätigung aller sonstigen in sämtlichen Ländern Europas gemachten Erfahrungen bildet.

Der Fluch des Florian Geyer, den Paul Levi als Motto seiner bekannten Schrift zitiert: „Die beste Sache, die edelste Sache, in Euren Händen ist sie gewest wie das Kleinod im Saustall!" trifft die italienischen, ebenso wie die deutschen, die französischen und alle anderen Kommunisten Europas, die nur der Reaktion geholfen haben, wieder emporzukommen.

Es ist unter diesen Umständen sogar ein Wunder, daß die Sozialisten nur ein Drittel ihres Bestandes verloren haben. Zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken sind die Kommunisten, die bis zur Spaltung in allen Parteiangelegenheiten und taktischen Fragen das große Wort führten. Insofern wird die Lehre dieser Neuwahlen vielleicht doch heilsam auf die italienische Arbeiterschaft wirken und wird nun unter vernünftigerer Führung der italienische Sozialismus einen neuen Aufstieg erleben können.

Notizen.

Umänderung des Gepäcktarifs am Mittelrhein. TU. Ludwigshafen. Nach einer Mitteilung der hiesigen Eisenbahndirektion hat die Besatzungsbehörde den ab 1. April 1921 eingeführten Gepäcktarif bis auf weiteres aufgehoben. Im Verkehr nach den Stationen des besetzten Gebietes ist sofort der alte Gepäcktarif vom 1. März anzuwenden. Im Verkehr mit dem Saargebiet, mit Elsaß-Lothringen, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und England sind für die Strecken der deutschen Reichseisenbahn ebenfalls die vor dem 1. April gültigen Gepäcksätze anzuwenden. Für den Verkehr nach dem unbesetzten Deutschland folgt weitere Anordnung.

Der Zusammenbruch der USP. Auf dem Münchener Parteitag der bayerischen Unabhängigen Sozialdemokratie stellte Reichstagsabgeordneter Unterleitner fest, daß durch die Spaltung die Mitgliederzahl von 42 000 auf 16 000, darunter 1800 Frauen zurückgegangen ist.

Die letzte Volkszählung in den Vereinigten Staaten ergab eine Bevölkerungsziffer von 117 859 358 Personen.

Abstimmung in Salzburg. Der Salzburger Landtag beschloß in seiner heutigen Sitzung einstimmig, die Abstimmung über den Anschluß an Deutschland am 29. Mai vorzunehmen.

Briand und Sapieha. Der polnische Außenminister, der sich gegenwärtig in Paris befindet, wird in diesen Tagen nach Warschau zurückkehren. Der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph" erfährt, daß der Minister von Briand ersucht wurde, nicht zurückzutreten, sondern eine Umbildung des polnischen Kabinetts zu versuchen. Fürst Sapieha ist in die polnischen Pläne Frankreichs vollkommen eingeweiht worden, so daß Briand seine Mitarbeit zurzeit nicht entbehren kann.

Der Völkerbundrat veröffentlicht einen Bericht über seine vom 21. Februar bis 4. März in Paris abgehaltene Session. Diese erste Veröffentlichung, die der Presse zur Verfügung gestellt wurde eröffnet die Methode weitgehender Bekanntgabe die für die Verhandlungen des Rates und der Völkerbundversammlung verlangt wurde.

Botschafterwechsel in London. Wie aus bestimmter Quelle verlautet, wird der deutsche Botschafter in London, Senator Sthamer, schon in nächster Zeit von seinem Posten zurücktreten Als sein Nachfolger wird in erster Linie Staatssekretär von Haniel genannt.

Keine Anerkennung Sowjetrußlands durch Amerika. Nach einer Havasmeldung aus Washington hat das Staatsdepartement auf halbamtlichem Wege, aber in sehr deutlichen Worten der Sowjetregierung mitgeteilt, daß die amerikanische Regierung es ablehnen müsse, die russische Regierung anzuerkennen, solange noch amerikanische Bürger in Rußland gefangen gehalten würden. Es würden noch mindestens zwanzig amerikanische Staatsangehörige in Rußland gefangen gehalten.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Solidaritätsbeschlüsse im englischen Bergarbeiterstreik.

London, 19. Mai. Die Vollzugsausschüsse der Eisenbahner und Transportarbeiter haben den Beschluß bestätigt, für ihre Mitglieder die Beförderung von Einfuhrkohle oder von durch Streikbrecher geförderter Kohle zu untersagen.

Kein Einsetzen von Schutzpolizei in Oberschlesien.

Berlin, 19. Mai. (T. U.) Die zum Teil aus Breslau kommenden Meldungen, daß deutscherseits Schutzpolizeiverbände nach Oberschlesien geschafft worden seien, entsprechen, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, nicht den Tatsachen. Wohl sind einige Hundertschaften Schutzpolizei nach Schlesien gegangen, aber nach Niederschlesien zur Sicherung der Grenze.

Teilweiser Abzug der Besatzungstruppen im Westen.

Düsseldorf, 19. Mai. (T. U.) Nach einer Nachricht von dort ist heute vormittag der größte Teil der Besatzungstruppen von Solingen abtransportiert worden.

Verantwortlich: Für Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftsfragen u. Feuilleton Willi Lanske; Für „Halle-Saalkreis" u. Provinz und den übrigen redaktionellen Teil Karl Garbe; für die Inserate Wilhelm Herzig; sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pfg. Im Vereinsanzeiger sollen alle Veranstaltungen der gesellschaftlichen, gewerkschaftlichen u. politischen Organisationen aus dem Verbreitungsbezirk angekündigt werden.

Holzweißig. Freitag, den 20. Mai, abends 8 Uhr, findet im Lokal Schröder unsere Mitgliederversammlung statt. Das Erscheinen aller Genossen wird erwartet.
Der Vorstand.

Merseburg. Sozialdemokratische Partei. Sonntag, den 22. Mai, Familienausflug nach Rattmannsdorf. Abmarsch pünktlich 1 Uhr, am Städtischen Krankenhaus. Um recht rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Delitzsch. Freitag, den 20. Mai, abends 8 Uhr, Versammlung im „Bismarck", l. Stock. Als Redner sind die Genossen Röpert und Hermann Garbe anwesend. Bei der jetzigen politischen Lage werden die Mitglieder um recht zahlreichen Besuch gebeten. Ganz besonders werden die Frauen unserer Mitglieder zu dieser Versammlung eingeladen. Gäste sind willkommen.
Der Vorstand.

Liebenwerda. Freitag, den 20. Mai, abends 8 Uhr, im Gesellschaftshaus Monatsversammlung. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht.
Der Vorstand.

---

mals stundenlang warten, bis Rauch und Gas aus den Hauptgängen der Grube getrieben waren; bis dahin konnte nichts unternommen werden, gar nichts. Die Leute blieben in der Grube! Jene, die nicht sofort getötet worden, würden in die entfernteren Räume kriechen und sich gegen die tödlichen „Nachschwaden" verbarrikadieren; würden warten, ohne Nahrung und Wasser, in erstickender Luft — warten und warten, bis die Rettungsmannschaft zu ihnen gelangt.

*

Bisweilen versuchte sich Hal in der allgemeinen Verwirrung daran zu erinnern, wer von seinen Bekannten in Schacht 1 arbeitete. Er selbst hatte in Nr. 2 geschafft, doch kannte er selbstverständlich auch Arbeiter aus dem andern Schacht — den alten Rafferty, Mary Burkes Vater, eines der Mitglieder der „Wagekontrolleurgruppe", Zamierowski. Hal vermeinte plötzlich das Gesicht des geduldigen kleinen Polen zu sehen, der so gutmütig lächelte, wenn die Amerikaner seinen Namen auszusprechen versuchten. Und der alte Rafferty mit all den kleinen Rafferty und seinen kläglichen Bemühungen, nicht die Gunst des Aufsehers zu verscherzen. Und der arme Patrick Burke, den Hal niemals nüchtern gesehen; nun war er zweifellos nüchtern — wenn er noch lebte.

In der Menge stieß Hal auf Jerry Minetti und erfuhr, daß auch Farenza, der Mann, dessen „Fanciulla" mit ihm gespielt, in dem Schacht war, und auch Judas Apostolikas war unten, hatte seine dreißig Silberlinge mit in die Todesfalle genommen.

Auch die anderen stellten, gleich Hal, durch Fragen Listen auf. Manchmal wurde urplötzlich ein Name gestrichen, bisweilen sah eine weinende Frau, die Schürze vor dem Gesicht, jählings um sich, schrie gellend auf und warf sich in die Arme eines Mannes. Und Hal war es zumute, als ob er einen Geist erblickte, da er mit einem Male in einer Schar von Leuten Patrick Burke erkannte. Er ging auf ihn zu und hörte den Bericht des alten Mannes; ein Dago-Kerl hatte seinen Balken gestohlen, er war aufgestiegen, um neue zu holen und rettete derart sein Leben, während der Balkenlieb unten geblieben — die Strafe der Vorsehung für Grubenplünderer. Hal fragte, ob Burke bereits seine Familie benachrichtigt habe. Er sei wohl nach Hause gelaufen, hätte jedoch niemand angetroffen. Daraufhin begann sich Hal einen Weg durchs Gedränge zu bahnen, um Mary, Jennie oder den Bruder Tom zu finden. Er beherrte auf seiner Suche, obschon er sich selbst fragte, ob die Familie eines unheilbaren Trunkenboldes der Vorsehung für ihr Eingreifen sehr dankbar sein würde (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775192105 19-16/fragment/page=0003

WALHALLA LICHTSPIEL THEATER

Ab Freitag, den 20. Mai 1921

Michael Bohnen

(Hauptdarsteller in Herrin der Welt) als

Präsident Barrada

Gewaltige Tragödie eines Glücksritters
aus den zentralamerikanischen Erz-Staaten.
Ein Vorspiel und fünf wuchtige Akte.
Vorf.: 5.00 8.00

„Bis früh um Fünfe"

Tolles Lustspiel in 3 Akten
Vorf.: 4.05 7.00 9.50

Die neueste Mesterwochenschau.

Licht-Spiele

Gr. Ulrichstraße 51. Telephon 4681.

Morgen Freitag Erstaufführung

Der Abenteurerfilm mit dem größten Erfolg

Harry Piel

der gefürchtete Meister-Detektiv in seinem tollkühnen Abenteuer

Der Reiter ohne Kopf II. Teil.

Die geheimnisvolle Macht
6 raffiniert ausgedachte Akte 6
hierzu:

Apache-Karlchen
2 tolle Akte 2

Beginn: 4.00 6.15 8.30
Sonntags: 3 Uhr.

Fernsprecher 4681. Grosse Ulrichstr. 51.

Im Herzen der Stadt

Ia. Roßfleisch-

und Wurstwaren

H. Böhlert & Co., G. m. b. H.
Telefon 1568. Glauchaerstrasse 75.
Verkaufsstellen:
Böhlert, Glauchaerstr. 75 u. Oleariusstr. 3.

Hingerichtet

sollen alle Augen auf die stannenerregenden, billigen

Herrenanzug- und Kostümstoffe

sein. Durch äußerst günstigen Abschluß bin ich in der Lage

Prima Ware

pro **Anzug** von **120** M. an

in sehr reichhaltigen, vornehmen Mustern abzugeben. Der Verkauf findet

Nicolaistraße 6 (Händelpark)

von vormittags 10 bis 7 Uhr nachmittags statt.

!!! Ansehen kostet kein Geld !!!

Günstige Bezugsquelle für Wiederverkäufer und Schneidermeister.

Leo Weßner.

Doktor Werner

hilft

Frauen

welche an Stokkungen und Unregelmäßigkeiten leiden, durch sein altbewährtes

Original-Mittel

Fallen Sie nicht auf die grossen, prahlerischen u. schreierischen Annoncen hinein, sondern bestellen Sie sofort noch heute, und auch Sie werden, wie schon so viele andere Frauen, mir Ihren Dank aussprechen. Unschädlich, volle Garantie füge ich schriftlich bei. Vers. diskr. per Nachnahme.

Dr. phil. Werner.
Hamburg
Catharinenstr. 2. J 1.

Alte Fernruf 5738. **U.T** Promenade 11a Fernruf 5738.

Ab morgen, Freitag, den 20. Mai 1921

Das grosse Doppel-Programm:

In 2000 Meter Höhe führte

Ernst Lubitsch

Regie zu dem mit Spannung erwarteten neuen großen Union-
Lustspiel der Ufa

Die Bergkatze

von **Hanns Kräly** und **Ernst Lubitsch**

POLA NEGRI

spielt die »Tolle Rischka«

Paul Heidemann

spielt den »Feschen Alex«

Ernst Stern

besorgte die künstlerische Ausstattung

Die Presse schreibt: Unter grossem Beifall des Publikums fand die Erstaufführung des neuen Lubitsch-Films der Ufa „Die Bergkatze" mit Pola Negri in der Hauptrolle statt. Um den ersten Eindruck festzuhalten: ein echter Lubitsch-Film der seine eigenen Wege geht, keine Konzessionen macht und mit neuen Mitteln die zugrunde liegende Idee auszudrücken sucht.

Vorführung: 4.00 6.30 9.10.

4 Akte. Der grosse Kriminalfilm. 4 Akte.

Nachtbesuch in der Northernbank

In der Hauptrolle:

Grit Hegesa.

Vorführung: 5.20 8.00

Beginn: Sonntags 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr.
Infolge der außergewöhnlichen Länge des Programms letzte Vorstellung **pünktlich 8 Uhr.**

Leipziger Fernruf 1234. **U.T** Strasse 88 Fernruf 1234.

Ab morgen, Freitag, den 20. Mai 1921

Der mit fieberhafter Spannung erwartete Film

6 Akte 6 Akte

2. Teil.

Sittenbild aus Berlin W.

In der Hauptrolle:

Colette Corder.

Vorführung: 4.30 6.40 9.00

Das schwierige Testament.

Schwank in 2 Akten.

Die neuesten Wochenberichte.

Beginn: Sonntags 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr.

Abonnements-Konzerte
Leitung: Joh. Vetter.
Freitag, d. 20. Mai, 7 Uhr mit Reunion auf der Feldmitz.
Ausgeführt von 18 Mann.
Vorzugskarten i. Konservatorium Robert-Franz-Str. 7. 8—10, 3—5.

Komplette Angeln, Angelhaken und Angelgerätschaften
empfiehlt
Albin Hentze,
24. Schmeerstraße 24.

Stadt-Theater
Freitag, den 20. Mai 21, Anfg. 7½, Ed. 10½ Uhr:
Alt-Heidelberg
Schauspiel von Meyer-Förster.
Sonnabend:
Der Waffenschmied

Thaliatheater
Sonntag, d. 22. Mai 1921, abends 7½ Uhr:
Pension Schöller.
Schwank von Jacoby und Laufs.

---

3 Monate in Sowjet-Russland.
Vortrag
am Freitag, den 20. Mai, abends 4.8 Uhr, im großen Saale des Volksparks von Arthur Hoffischer.
Eintrittspreis 3 M. Arbeiterbildungsverein Cröllwitz.

Empfehle
Mastrossfleisch, Schmeer, dick
sowie
Pa. Schlackwurst, Knackwurst, Röstwurst u. s. w.
Max Zaubitzer, Steinweg 52.
Jeder Einkäufer erhält pa. Frischwurst bei Einkauf von 15.— Mark an gratis.

---

ff. Herren-Moden,
Spezialität: Kunststopferei, Umarbeitung, Wenden, Reparieren und Aufügeln
wird sachgemäß ausgeführt.
Teppichstopfen in erstklassiger Ausführung.
F. R. Ludwig, Krausenstr. 24, Fernruf 3296.

Die kommunistische Aufruhrbewegung in Mitteldeutschland Ostern 1921.
Bearbeitet v. Karl Garbe, Halle
Preis 1.00 Mark.
Zu haben in der:
Buchhandlung Volkstimme, Gr. Ulrichstr. 27.
Bestellungen nehmen alle Austräger entgegen.

Dampf-Waschanstalt Halloria
Marienstraße 2
2 Minuten v. Bahnhof entfernt.
Telephon 5692.
Spezialität: Herren-Stärke-Wäsche.
Famil.-Roll- u. Naßwäsche n. Gew. u. Stück

Suche noch einige **Engrosabnehmer:**
Pa. **Schlackwurst**
Knackwurst
Röstwurst u. s. w.
sowie erstklassiges Rossfleisch zu billigsten Preisen.
Max Zaubitzer, Steinweg 52.

Billiger Seefischtag

Freitag früh 2 Waggons

Kabeljau ohne Kopf das Pfund **120** ₰

Karbonaden vollständig bratfertig Pfund **160** ₰

Schellfisch ohne Kopf Pfund **160** ₰

Nur damit sich die Hallesche Einwohnerschaft überzeugen kann, daß wir in der Lage sind auch bei 20 Grad Hitze allerbeste frische Ware zu liefern, verkaufen wir die Fische so billig.

„Nordsee" Deutschlands größter Fischhandel.

Eigene Fischdampferflotte, eigener Fischereihafen, eigene Eisenbahnkühlwaggons neuester Art.
Fernsprecher 1274, 1275 und 5904.
Zuverlässiger Versand nach auswärts.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210519-16/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Mitgliederversammlung der S.P.D. Donnerstag, den 19. Mai, abends 7½ Uhr, findet in Wilsdorfs Gesellschaftshaus eine sehr wichtige Mitgliederversammlung statt.

Wir erwarten, daß unsere Mitglieder vollzählig erscheinen. Näheres ist aus dem Inseratenteil ersichtlich.

Der Vorstand.

Wohlfahrtsausschuß. Eine Stunde vor Beginn der Mitgliederversammlung, pünktlich 7 Uhr, findet eine Sitzung des Wohlfahrtsausschusses statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung wird vollzähliges Erscheinen erwartet.

Hallischer Gewerkschafts- und Vereinskalender.

Freier Sängerchor. Im Interesse unseres am 28. Mai stattfindenden Frühjahrskonzertes bitten wir alle Sangesbrüder am Freitag, abends ½8 Uhr, pünktlich zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Halle-Saalkreis.

Halle, 19. Mai 1921.

Relativität.

Von Hans Här.

I.

Es wird Mode, Einstein wiederzukäuen. Genialen Umsturz eines jahrhundertealten Weltbildes zum angenehmen Salongespräch breitzutreten. Einstein wird Sport. So etwa wie das Aufkommen des Foxtrotts, der Siegeszug der neuesten Erfindung Berliner Bars: Der Primtrommler. Nicht aber wie einer, der Neuland eröffnet. Man will ihn auch nicht wissenschaftlich nehmen, will nur mit dem Begriffe der Relativität verebbte Gespräche weiterspinnen, animierten Flirt bemänteln usw. Die Sehnsucht nach dem großen Gelehrten wächst mit dem Quadrate der Entfernung des Dampfers, der ihn uns entführt. Denn solange er unter uns weilte, war er Zielobjekt teutscher Hakenkreuzjünglinge. Jetzt aber wird er Mode. Nur Mode. Nicht Schule.

II.

Ich vermisse die Verbreiterung des Begriffes „relativ". Wie, wenn einer käme und behauptete Egoismus und Altruismus, Liebe und Haß, Objektivität seien nur Relativitäten? Wenn einer sagte, glänzende Ereignisse seien eben nur nach dem Zeitgeist glänzend zu nennen, Inquisition sei eben rein mittelalterlich, sozialer Kampf das Zeichen des 20. Jahrhunderts? Wenn ein Ironiker boshaft bemerkte, die Nationalliberalen des Jahres 1848, die auf den Barrikaden als sündhafte Umstürzler standen, seien heute zur gottgegebenen Ordnungspartei geworden, mit anderen Worten: Das staatserhaltende Prinzip sei relativ?!

III.

Einstein ist Mode. Er muß Schule werden, darf nicht nur auf planetarische Theorien angewandt werden. Er durchbricht nämlich den Kodex deutschnationaler Ordnungslogik und schafft dem Gefühl ein Flugbett. Ordnung, Ethik und Herrschaft sind keine Privilegien einer Kaste. Sie wechseln ihren Verfechter, entwachsen aus wirtschaftlichen und politischen Kämpfen und erhalten sich, allen „Ordnungsparteilern" zum Trotze, mögen diese auch hundertfache Gewalt anwenden. Alles ist relativ.

Sondergericht.

Der Anschlag auf die Druckerei der Saale-Zeitung, Hallesche Allgemeine Zeitung und Volksstimme.

Die Kommunistische Partei hat während der Aufstandstage jedem überzeugten Anhänger ein Betätigungsfeld unter geradezu diktatorischen Allüren zugewiesen. Während Lemck auf dem Gertraudenfriedhof den zur Gedenkfeier versammelten Arbeitern den Eid abnahm, die kämpfenden Brüder im Mansfelder Land durch tatkräftige Hilfe zu unterstützen, befanden sich die Angeklagten Franz Goßler, Otto Schwenke, Ferdinand Goßler und Otto Wolf in einem Distriktslokal am Böllberger Weg. Dort empfingen sie von einem gewissen Menzel zwei Bündel Handgranaten, mit der Weisung, das Erscheinen der Saale-Zeitung durch einen Anschlag auf deren Druckerei zu verhindern.

Menzel hat den ersten beiden Angeklagten erklärt, daß er sich der Zentrale gegenüber in einer Zwangslage befände und auch sie zur Ausführung dieses Planes moralisch verpflichtet seien. Daß die Angeklagten auch glaubten, mit der Außerbetriebsetzung der Saale-Zeitung eine Befreiungstat für die Arbeiterschaft zu verrichten, ergibt der Verlauf der Verhandlung. Namentlich Franz Goßler, der sich, wie seine Mittäter als fanatischer Anhänger der VKPD. erweist, erklärt, daß die Saale-Zeitung durch ihre falschen Darstellungen über wirtschaftliche und soziale Verhältnisse, ihre Verspottung kommunistischer Führer in Gedichten („Klapsmann als Erzieher") und andere „finanzkapitalistische" Färbungen zu einer Gefahr für die Arbeiterschaft geworden sei und daß sie in ihrer antikommunistischen Stellungnahme von keinem bürgerlichen Blatt übertroffen werde. Da außerdem der „Klassenkampf" verboten war und deshalb die „Wahrheit" über den Aufstand nicht habe durchdringen können, während die Organe der Reaktion obenauf gewesen seien, habe er es für seine Aufgabe angesehen, im Interesse der kommunistischen Arbeiterschaft, dem Treiben der bürgerlichen Blätter einen Riegel vorzuschieben.

Und so geschah es tatsächlich. Am Karsonnabend, den 26. März, abends 10 Uhr, verließen Franz Goßler und Otto Schwenke das Distriktslokal. Jeder hatte ein Bündel Handgranaten bei sich. Ferdinand Goßler und Otto Wolf waren ihnen beigegeben worden. Sie standen bei der Ausführung des Planes Schmiere, während sich Franz Goßler und Schwenke an den Maschinenraum des Hendelverlages heranschlichen und dort ihre Handgranaten warfen. Goßler und Schwenke wollen sich zuvor eingehend davon überzeugt haben, daß in dem Maschinenraum keine Menschen waren, die Schaden nehmen konnten. Tatsächlich waren auch nur Materialverluste zu verzeichnen.

Immerhin bleibt diese Tat eine höchst skrupellose, verwerfliche Art, die Phase der proletarischen Revolution vorwärtszutreiben, wie dies selbst der Verteidiger Rechtsanwalt Hegewisch als überzeugter, intellektueller Anhänger der kommunistischen Idee zugibt. Im übrigen erklärt er die Tat aus der kommunistischen Ueberzeugung der Angeklagten, die er durch kluge Fragen zu einer äußerst geschickten Selbstverteidigung herauslockt, wenn er natürlich auch den bakunistischen Charakter solcher Attentate nicht verleugnen kann. In seinem Plädoyer gibt er zunächst eine programmatische Stellungnahme zu den Märzereignissen, den Sondergerichten, der Tendenz der bürgerlichen Zeitungen und der Saale-Zeitung überhaupt, worauf er mit scharfer Dialektik, aber viel gekünsteltem Pathos auf die Beurteilung des vorliegenden Falles eingeht und das juristische Gebäude des Staatsanwaltes, der gegen Franz Goßler und Otto Schwenke 8 Jahre Zuchthaus beantragt, vollkommen über den Haufen wirft. Der Staatsanwalt hatte nämlich erklärt, er würde es verstehen, daß sich überzeugte Kommunisten an den Eislebener Ereignissen beteiligt hätten, während vorliegender Fall keine Sympathie für die Angeklagten zulasse. Hegewisch erklärt ironisch, daß diese Philippika für die Eislebener Aufständ[illegible] als strafmilderndes Moment von der Verteidigung herangezogen werde.

Der Verteidiger kommt zu einer Verneinung des Anschlusses an bewaffnete Haufen, sieht Hochverrat als gegeben an, erblickt aber gemäß seiner Ueberzeugung in dem Begriff „Hochverrat" eine durchaus relative, abstrakte Tat, da Gut und Böse bürgerlicher und sozialistischer Weltanschauung durchaus entgegengesetzte Begriffe seien.

Ob Hegewischs Rede vor dem Gerichtshofe am Platze war, möchte ich dahingestellt sein lassen. Rein rhetorisch hätten die neuhegelianischen Ansichten Hegewischs und seine politischen Auseinandersetzungen mit dem übrigens friedfertigen Landgerichtsdirektor Thorwest, der nur leider in die kommunistische und sozialistische Ideenwelt noch nicht allzusehr eingedrungen zu sein scheint, eher in einen geistig hochstehenden Diskussionsabend gepaßt.

Dennoch erreicht er eine wesentliche Milderung des Antrages der Staatsanwaltschaft. Das Zuchthaus hat er allerdings den Klienten nicht verschließen können. Rein moralisch ist die Tat auch nicht zu rechtfertigen. Inwieweit parteipolitisch die Linke ein Recht auf Unterdrückung reaktionärer Presselügen hat, läßt sich auch hier nicht beurteilen, da dieses Recht ebenfalls nur ein relativer Begriff ist und für die juristische Beurteilung nicht ins Gewicht fallen kann. Außerdem steht noch dahin, ob die Saale-Zeitung tatsächlich das „gefährlichste" Blatt Halles ist, wenn auch die Klapsmann-Gedichte zweifellos ungeschickt waren.

Das Urteil lautet: Wegen Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz, das eine ausnehmlich hohe Strafe bedingt, werden Franz Goßler zu **4 Jahren Zuchthaus**, Otto Schwenke zu **4 Jahren Zuchthaus**, Ferdinand Goßler zu **2 Jahren Zuchthaus** und Otto Wolf zu **1½ Jahren Zuchthaus** verurteilt. Von einer Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte wurde abgesehen, da nach Aussagen der Angeklagten und dem Plädoyer des Verteidigers feststeht, daß die Täter nicht in ehrlosser Gesinnung gehandelt haben, sondern ihren Anschlag als eine Art von Konsequenz kommunistischen Bekennertums ansahen. — — —

Der Arbeiter Albert Rottich aus Gröbers, der sich in Leuna unter den Rotgardisten befand, in eine Kompagnie eingereiht, im übrigen aber keine Funktionen verrichtete, will nur durch Hunger zum Anschluß an die Rote Armee getrieben worden sein, da er in den Leunawerken eingeschlossen worden sei und auf anderem Wege keine Beköstigung erhalten konnte. Trotzdem verurteilt das Gericht Rottich zu **7 Monaten Gefängnis.** — —

Der Arbeiter Otto Speck, der unter Terror Flugblätter an sich genommen hatte, die er aber sofort nach Beendigung der Beeinflussung verbrannte, wurde **freigesprochen.**

Ist Samariterdienst Hochverrat?

Dem Organ des Arbeiter-Samariter-Bundes entnehmen wir folgenden Artikel:

Die Urteile der Sondergerichte erinnern recht lebhaft an die Urteile der berühmten Brausewetterkammer seligen Angedenkens. Dieser Mann, der gegen sozialdemokratische Arbeiter und Führer die härtesten Urteile fällte, wurde, als er jahrelang Gefängnis, Zuchthaus und wieder Zuchthaus und Gefängnis verhängte, als geisteskrank erkannt. Damit kann natürlich nicht gesagt sein, daß nun die Richter der Sondergerichte allesamt krank seien.

Bisher war man gewöhnt, daß gegen Mitglieder irgendeiner politischen Partei, die zurzeit am lebhaftesten bekämpft wurde, die härtesten Urteile ausgesprochen wurden.

Als Neuheit muß es jedoch bezeichnet werden, daß ein Staatsanwalt, der Vertreter der objektivsten Behörde der Welt, erklärt, daß jemand des Hochverrats dringend verdächtig sei, wenn er sich in einer Arbeiter-Samariter-Kolonne habe ausbilden lassen.

Das Sondergericht in Halle verhandelte gegen den 20jährigen Arbeiter Max Dietrich aus Leipzig, der ausgebildeter Samariter ist. Er ging nach Leuna, um sich dort dem Sanitätsdienst zur Verfügung zu stellen. Er wurde in einer Baracke einquartiert, in der er bis zur Verhaftung untätig verharrte. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn wegen Anschlusses an einen bewaffneten Haufen ein Jahr Gefängnis und betonte, daß er des Hochverrats dringend verdächtig sei, denn er habe sich in der Arbeiter-Samariter-Kolonne ausbilden lassen, was nur den Zweck haben könne, bei kommende Unruhen bereit zu sein. Urteil: 10 Monate Gefängnis.

Dann erschienen noch vier Samariter vor der Schnelljustiz. Sie wurden auf ein Auto geladen, um zu Verwundeten geschafft [illegible] sie dort angelangt waren. Natürlich versuchte der Staatsanwalt, ihnen schon auf Grund ihrer Zugehörigkeit zur Arbeiter-Samariter-Kolonne hochverräterische Absichten nachzuweisen. Obgleich sich alle alsbald wieder auf die Rückfahrt begeben haben, beantragte er ein Jahr Zuchthaus. Zwei wurden freigesprochen, nur einer erhielt 6 Monate und einer 11 Monate Gefängnis. Was die beiden verschuldet haben sollen, weiß kein Mensch.

Daß die Richter nach bestem Wissen und Gewissen geurteilt haben mögen, bestreitet kein Mensch. Ist es aber ein Wunder, wenn seit längerer Zeit von gewisser Seite das Märchen verbreitet wird, der Arbeiter-Samariter-Bund sei eine Einrichtung der „Roten Armee".

Dabei ist zu beachten, daß die größte Anzahl der Kolonnen gegründet wurden, als von einer „Roten Armee" noch keine Rede sein konnte. Ferner ist zu beachten, daß die in letzter Zeit entstandenen Kolonnen auf unsere Anregung von den Gewerkschafts- und Sportkartellen ins Leben gerufen wurden.

Anstatt solche Behauptungen aufzustellen, führe man uns doch mal den Nachweis, daß der Arbeiter-Samariter-Bund ein Anhängsel der „Roten Armee" sei.

Es ist nichts zu dumm, es findet doch sein Publikum!

Kleines Feuilleton.

Volksbühne: „Der Verschwender".

Dieses Werk, wie überhaupt der ganze Ferdinand Raimund konnte nur auf wiener Boden wachsen. Ein Vergleich mit späteren Berliner Lokalgrößen, etwa L'Arronge, Kalisch und Glasbrenner drängt sich sofort auf. Doch diese hatten nur Schmacht- und Rührstücke, bestenfalls gepfefferte Possen im Auge. Raimund will mehr. Er will erzieherisch wirken, er will Moralität erkennen lassen. Aber das Leben oll auch nicht schlecht sein, und so läßt er ein Zaubermärchen entstehen. Er läßt singen, einfach und notwendig fröhlich sein. Und wenn Zauberer und Feen mitwirken, so ist das unumgänglich für sein Wienertum.

Raimund sah soziale Probleme. Aber er hatte nicht die Gabe des Zundedenkens, er faßte solche Probleme am Subalternenende. Hier ist es ein verschwenderischer Edelmann, der vom Glück durch Unglück zur belohnten Reife kommt. Ein guten Mensch, ein braver Mensch, aber halt ein bissel leichtsinnig. Er kehrt zum Wohlstand zurück, und die Moral von der Geschicht: Wie leicht hätte die Sache auch schlimmer auslaufen können. Und eigentümlich tragisch unbeschwert, mit seltsamer, nie bitterer Verteilung von Licht und Schatten läuft alles zu Ende. Belohnte Tugend und bestrafte Untugend. Aber zieht nicht zu sehr über die Schlechten zu Gericht, seid friedlich, verträglich und immer halt a bisserl froh.

Nicht ganz richtig brachte man diese unbefangene Simplizität auf die Bühne. Man machte Anleihen bei L'Arronges Gesellschaftsstücken, die man mit der Geisterwelt verquickte. Man baute Episodenrollen auf, wo man eine beschwingte, ein bischen schwermütige, ein bischen glückliche Raimund-Atmosphäre schaffen mußte. Auch Schur verfiel oft in die Episode, trotzdem er am besten den nötigen Ton afnd. Er konnte beinahe auch Raimund alias Leonid Kreutzer singen. Sein Bedienter und späterer Tischler wirkte auch wohl deshalb, weil seine Sprache eine gewisse Akzentuierung fehlt. An solcher größten Sünde gegen Raimund krankten Hedwig Jonas und sogar Krahé, die beiden Geistervertreter. Man spielte gut, aber man spielte nicht Raimund. Der Verschwender des Fritz Hensel gab einen liebenswürdigen, lebendigen Ton, aber nur in besonderen Augenblicken Raimund. Wedding baute eine Charakterrolle auf und ganz und gar keinen Raimund. Das eigentliche Wesen des Werkes blickte immer nur gelegentlich durch. Raimund will aber schmucklos, simpel, naiv und stets ungezwungen, gegeben werden. Er verlangt ein gänzlich unroutiniertes oder ein vollkommen routiniertes Theater, welch letzteres schon wieder den Eindruck der Unroutiniertheit bringen muß.

O. B.

Internationaler Radium-Kongreß. Das sächsische Bergamt hat die wissenschaftlichen Radiuminstitute und die Radiumbäder Mitteleuropas zu einer Beratung nach Freiberg in Sachsen eingeladen, die in den letzten Tagen dieses Monats stattfinden soll. Es wird sich dabei im wesentlichen darum handeln, ein einheitliches Verfahren für ie Messung radioaktiver Quellen festzulegen. Der Freistaat Sachsen ist infolge seines Reichtums an stark radioaktiven Quellen an einer möglichst raschen Lösung des Problems besonders interessiert; diese soll nun durch die Initiative des Sächsischen Bergamts, das die behördliche Aufsicht über das sächsische Radiumwesen und über die sächsischen Raiumbäder führt, und dabei von dem Radiuminstitut der Freiberger Bergakademie wissenschaftlich beraten wird, herbeigeführt werden.

Literatur.

Sämtliche hier angezeigte Bücher und Schriften können, wie überhaupt jedes andere Buch, durch die Buchhandlung der „Volksstimme" Gr. Ulrichstraße 27 bezogen werden.

Zu Land nach Indien, von Sven Hedin. Die volkstümliche Sammlung „Reisen und Abenteuer" des Brockhausverlages, Leipzig, ist um ein neues Werk des Weltreisenden Sven Hedin bereichert worden. In seiner bekannten schlichten Weise erzählt der große Entdecker in diesem Buche: „Zu Land nach Indien" von den mannigfaltigsten Abenteuern, von Land und Leuten im persischen Reiche. Ein weiter Weg ist es, 4000 Kilometer vom Schwarzen Meer bis zur ersten Station der englisch-indischen Eisenbahn; 2400 Kilometer hat der unermüdliche Forscher auf dem Rücken eines Kamels zurückgelegt. In Batum, am Schwarzen Meer, herrscht Revolution, aber Hedins sprichwörtliches Glück läßt ihn wohlbehalten dem Putsch entkommen. Bei Tag und Nacht von kurdischen Räubern bedroht, schlägt er sich ins Innere des Landes durch an den Rand der Wüste, deren Erforschung er sich zum Ziel gesetzt hat. Er sucht sie auf, die Menschen und Tiere mordende Kewir, die Heimat der bösen Geister. Ein Abkömmling des Propheten Mohammed ist sein Führer auf Wegen, die vor ihm kein Europäer betreten hat. Nach harten Kämpfen mit der Gewalt und Tücke der Elemente bleibt er Sieger. Es folgen Rasttage im paradiesischen Frieden palmenbeschatteter Oasen. Dann schreiten wir von der Fülle des Lebens hinein ins Reich des Schwarzen Todes, durch Dörfer und Städte, die die Pest entvölkert hat. In der Oase Tebbes ist Hedin als einziger „Heide" Augenzeuge der alljährlichen Religionsspiele dieser blutigen Orgien des schiitischen Fanatismus; das bunte Einbandbild veranschaulicht diese Feier nach einer von Hedin aufgenommenen Photographie. Heuschreckenschwärme überschwemmen wie Regenschauer seinen Weg, Schlangen und Skorpione beschleichen sein Zeit. Aber aus all den zahllosen Gefahren führte der Glücksstern Hedins ihn unversehrt heraus. Auch in diesem Band können wir wieder Hedins hohe schriftstellerische Gabe bewundern und ebenso seine Kunst als Zeichner und Photograph, von der zahlreiche Proben den Band schmücken, der sich trefflich den früheren Bänden der Sammlung anreiht. (Preis 12 Mark.)

Engelbert Graf, **Europa und der nächste Krieg.** Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin-Fichtenau. 3,20 Mk. Ein Scheinwerfer in das Chaos der heutigen Weltpolitik ist diese Broschüre. Leider hat man in Deutschland bis in die jüngste Zeit hinein um weltpolitische Zusammenhänge sich kaum gekümmert. Nur so war es ja möglich, daß das deutsche Volk vom Ausbruch des Krieges geradezu überrascht wurde und daß bis heute die weitesten Kreise über seine tiefer liegenden Ursachen und über die Ursachen des deutschen und europäischen Zusammenbruchs noch durchaus im Unklaren sich befinden. Und die Gefahr liegt nahe, daß die kommenden Ereignisse eine ähnliche Situation bei uns vorfinden werden. Hier aufklärend und vorbeugend zu wirken, hat sich das vorliegende Büchlein zur Aufgabe gestellt. Es ist gewissermaßen ein Leitfaden des modernen Imperialismus. Der Verfasser zeigt die wirtschaftlichen und die geographischen Grundlagen, auf denen sich schwindelnd schnell die Stockwerke der Zeitereignisse erheben. Er enthüllt die wahren Motive der imperialistischen Konkurrenzkämpfe. Seine Prognose ist nicht günstig: Der Weltkrieg ist noch nicht zu Ende; wir befinden uns nur in der Pause zwischen dem 1. und 2. Akt. Und die Ereignisse gehen ihren Weg. Der nächste Weltkrieg wird von viel riesenhafteren Ausmaßen sein, sei es, daß um den Besitz Asiens oder Europas gekämpft wird. Aendern, aufhalten läßt sich die Bewegung nur, wenn die Menschen ihre Triebkräfte erkennen. Daher ist es zunächst notwendig, auszusprechen, was ist. Die Aufgabe, hier Aufklärung zu schaffen, erfüllt das vorliegende Büchlein in hervorragendem Maße; es verdient daher weiteste Verbreitung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751921051 9-16/fragment/page=0005

Kilian, du sollst nicht Prophete sein!

In der letzten Dienstagnummer nimmt Kilians Zeitung, die „Tribüne“ Stellung zur Bildung der neuen Reichsregierung, die bekanntlich unter dem Zwange des Ententedrucks zustande kam. Neben dem üblichen Gezeter über die Annahme des Ultimatums stützt Herr Kilian sich auf den seiner Meinung nach nicht zu vermeidenden Krieg zwischen Polen und Deutschland. Er schreibt:

Eitle Hoffnung ist es, zu erwarten, daß durch die neue Koalition der Krieg mit Polen verhindert werden könnte. Schon ist es zu den ersten großen Zusammenstößen gekommen. Wo ist der Staatsmann, der jetzt noch den Krieg vermeiden kann? Herr Wirth, Herr Bauer oder gar Herr Breitscheid? Wie lange noch, und sie stehen vor harten Tatsachen, und dann werden sie die Verantwortung übernehmen, und dann werden sie den Krieg führen, der sie verschlingt.

Heute weiß bereits jeder aufmerksame Beobachter der politischen Lage, daß auch diese „kommunistische“ Prophezeihung falsch war. Der Krieg, den Herr Kilian in so grellen Farben an die Wand malte, ist nicht entbrannt, trotz der „ersten Zusammenstöße“. Damit bricht aber auch das kommunistische Gedankengebäude, das in diesem Artikel über die Regierungsbildung aufgerichtet wurde, in sich zusammen, denn dessen Voraussetzung, „der Krieg zwischen Polen und Deutschland“ trifft nicht zu. Wir suchen nun nach Kilianscher Logik, welche nach diesem Versager in der magischen Kunst der Vorherbestimmung, die anderen vorgebrachten „Argumente“ gegen das Verhalten der Sozialdemokratie aufrechterhalten läßt. An der Schwäche dieses „kommunistischen“ Standpunktes über den „bestimmt schon vorhandenen“ Krieg kann man ungefähr ermessen, wie „stark“ die Gedankensäulen der „kommunistischen“ Dialektik im allgemeinen sind.

Ein wertvolles Geständnis

wird in der „Tribüne“, dem Nachfolger des „Klassenkampfes“ als Verleumdung bezeichnet, weil ein kommunistischer Redakteur einmal hinsichtlich der Gewerkschaftsfrage, offenherzig genug war und die Wahrheit sagte. Der Kartellvorstand im Verein mit dem Vorstand des Kartells für den Bezirk Merseburg hatte die Redaktionen der Arbeiterzeitungen eingeladen, um ihnen die wirtschaftlichen Folgen des Osterputsches innerhalb des Bezirks einmal klar zu machen. Wie ernst die Situation ist, beleuchtet blitzartig die erfolgte Kündigung des Tarifvertrages durch die Berggewaltigen in den Mansfelder Landen. Die Arbeiter und Angestellten, vor allen Dingen in der mitteldeutschen Großindustrie werden aus persönlicher Erfahrung genügend die Machtverschiebung in den letzten Wochen verspürt haben. Dies festzustellen, und die Redaktionen an ihre Aufgaben zu erinnern, damit die Gewerkschaften in den kommenden Kämpfen durch Ausschalten jeder gehässigen, persönlich verletzenden Schreibweise die Situation erleichtert werde, das war die Aufgabe einer Konferenz der angestellten Funktionäre der freien Gewerkschaften mit den Redaktionen. Hier erklärte der Vertreter der kommunistischen Richtung dem Sinne nach und fast wörtlich: **„Ich gestehe ohne weiteres zu, daß in der Gewerkschaftsfrage in Halle und im Bezirk unsererseits Fehler gemacht worden sind!“** Diese Worte sind allein dann als wertvolles Geständnis zu buchen, wenn man sieht, welche verheerenden Wirkungen diese zugestandenen Fehler im Gefolge hatten. Von Vertretern des Hand- und Kopfarbeiterverbandes, zugleich die Gewährsmänner der „Tribüne“, wurde das Zerreißen der freien Gewerkschaften in syndikalistische Organisationen als die vollendete Einheitsfront dargestellt und in zwei öffentlichen Straßenbahnerversammlungen als neueste Weisheit vorgetragen. Dagegen müssen sich alle ehrlichen Ver- [illegible] mit dem ihnen anspiel einmal — die Gewerkschaften müssen erhalten bleiben! Dann Gründung von sog. Industrieverbänden! wandte sich der Genosse Schlimme und stellte den erwähnten Ausspruch Urbans dagegen. Alle Zusätze in der Tribüne sind erstunken und erlogen zu dem Zweck, den politischen und gewerkschaftlichen Gegner herabzusetzen. An dem Ausspruch Urbans wird nichts geändert und ist derselbe vielen anwesenden Angestellten besonders registriert worden. Wird diese Auffassung bald Allgemeingut, dann ist die proletarische Einheitsfront leichter hergestellt, als vielen sogenannten Führern lieb ist.

Hermann Schlimme.

Eine Manschettengeschichte.

Unsere Leser werden sich eines Artikels erinnern, den die „Volksstimme“ unter dem Titel „Deutschnationale Heuchelei. Das Märchen vom roten Polizeiterror“ im Februar d. Js. brachte. Die Polemik befaßte sich mit den wiederholten Verleumdungen, welche die „Hallesche Zeitung“ über unseren Genossen Dölz im besonderen und die Hallische Schutzmannschaft im allgemeinen ausstreute. Damit im Zusammenhang wurde von einer Polizeibeamtenversammlung berichtet und u. a. geschrieben: „Nachher trat Wachtmeister Schulz, der daran zu erkennen ist, daß ihm die Menschetten fast bis auf die Fingerspitzen reichen, wenn er auf dem Riebeckplatz steht, auf und stieß in dasselbe Horn.“ Wer hätte geglaubt, daß vorstehender harmloser Satz Anlaß zu einer Beleidigungsklage geben würde?

Gestern hatte sich nun als verantwortlicher Redakteur für jenen Artikel unser Genosse Lanzke vor dem Schöffengericht wegen Beamtenbeleidigung zu verantworten. Der Staatsanwalt war der Meinung, daß eine üble Nachrede mit der Kennzeichnung des Wachtmeisters Schulz lt. obenstehenden Satz verbunden ist und beantragte 200 Mark Geldstrafe oder 20 Tage Haft. Das Gericht hielt die Sache „nicht für so schlimm“, konnte aber dennoch nicht „umhin“, eine Verurteilung auf 20 Mark Geldstrafe und Publikation des Urteils in der „Volksstimme“ auszusprechen.

Der neue Personentarif bei der Eisenbahn.

Die Einheitssätze für das Tarifkilometer in den einzelnen Klassen werden vom 1. Juni ab wie folgt festgelegt:

Für die 1. Wagenklasse 58,5 Pf., für die 2. Klasse 32,5 Pf., für die 3. Klasse 19,5 Pf., für die 4. Klasse 13,0 Pf. Hundekarten 10,0 Pf. Bahnsteigkarten 50 Pf.

Die Abrundung erfolgt bis 5 Mk. auf 10 Pf., bis 10 Mk. auf 50 Pf. und über 10 Mk. auf 1 Mk.

Die Schnellzugszuschläge betragen vom 1. Juni ab:

Zone I (1—75 km) für die 1. u. 2 Kl. 8 Mk., 3. Kl. 4 Mk.
Zone II (75—150 km) für die 1. u. 2. Kl. 16 Mk., 3. Kl. 8 Mk.
Zone III (über 150 km) für die 1. u. 2. Kl. 24 Mk., 3. Kl. 12 Mk.

Monatskarten für die 1. Wagenklasse fallen vom 1. Juni ab fort, dafür werden Monatskarten für die 4. Wagenklasse eingeführt. Der Preisberechnung werden die ab 1. Juni geltenden Einheitssätze von 32,5 Pf. 2. Kl., 19,5 Pf. 3. Kl., 13,0 Pf. 4. Kl. zugrunde gelegt, berechnet werden für eine Monatskarte 20 Einzelfahrten. Für die Abrundung gelten die allgemeinen Grundsätze. Die Mindestpreise für die Monatskarten betragen:

für die 2. Wagenklasse 46 Mk., für die 3. Klasse 28 Mk., für die 4. Klasse 19 Mk.

Monatsnebenkarten werden nicht mehr ausgegeben (Bestimmung ist bereits mit dem 1. April in Kraft getreten).

Schülermonatskarten, gültig für Erwachsene, sofern die Ausbildung einen künftigen Beruf oder Erwerb bezweckt, was einwandfrei nachzuweisen ist, werden vom Verkehrsamt genehmigt. An schulpflichtige Kinder gibt die Fahrkartenausgabe selbständig aus, in beiden Fällen gegen Vorlage der dafür vorgesehenen Bescheinigung. Vom 1. Juni ab werden die Vordrucke geändert, auch ist für jeden Vordruck eine Gebühr von 10 Pf. zu erheben. Schülermonatskarten werden vom 1. Juni ab zum halben Preise gewöhnlicher Monatskarten mit entsprechender Aufrundung ausgegeben, die Ermäßigung für Geschwister fällt von diesem Tage ab fort. Vom 1. Juni ab werden Schülermonatskarten auch für die 4. Klasse ausgegeben.

Schülerrückfahrkarten werden ausgegeben für die Schüler der im Nachtrag V zum Deutschen Eisenbahn-, Personen- und Gepäcktarif, Teil II angegebenen Anstalten, und zwar nur an solche Schüler, die am Schulort wohnen und an Sonn- oder Festtagen die Eltern besuchen. Sie werden an Kinder unter 10 Jahren und an Personen in selbständiger Stellung nicht ausgegeben. Zur Erlangung der Schülerrückfahrkarte ist die Vorlage eines Antrages mit Lichtbild, der vom Schüler mit Tinte oder Tintenstift vollständig zu unterschreiben ist, erforderlich. Für den Vordruck wird gleichfalls eine Gebühr von 10 Pf. erhoben. Für die Ausgabe der Schülerrückfahrkarte an Erwachsene gehört im Gegensatz zu den Schülermonatskarten die Genehmigung des Verkehrsamtes nicht. Schülerrückfahrkarten gelten zur Fahrt nach dem Elternhaus am Tage vor einem Sonn- oder Festtage und zur Rückfahrt nach dem Schulort an demselben Sonn- oder Festtage oder am Tage nachher. Fahrtunterbrechung ist nicht gestattet. Schülerrückfahrkarten werden nur bis zu einer Entfernung von einschl. 100 km ausgegeben, und zwar für die 3. oder 4. Wagenklasse, aber nur für Personenzüge. Uebergang in eine höhere Wagenklasse ist ausgeschlossen. Berechnet wird der halbe Fahrpreis einer Fahrkarte 3. oder 4. Wagenklasse. Die Fahrkarte 3. oder 4. Klasse, die zur Hin- und Rückfahrt gültig ist, ist mit dem Rückfahrtstempel zu versehen. (Die Bestimmung ist bereits gültig ab 1. April 1921).

Wochenkarten, die von jedermann gelöst werden können, erhöhen sich ab 1. Juni dergestalt, daß für eine Wochenkarte ⅓ des Monatskartenpreises 4. Klasse zu erheben ist, der Mindestsatz beträgt 6,50 Mk.

Arbeiterrückfahrkarten für die 4. Wagenklasse können vom 1. März ab an alle gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen, also an Beamte, Angestellte und Arbeiter, sowie an Beamtenanwärter, Lehrlinge und an andere zur Berufsausbildung beschäftigten Personen ausgegeben werden, und zwar gegen Vorlage eines vorgeschriebenen Ausweises. Der Vordruck ist gegen eine Gebühr von 10 Pf. auszugeben und ist nach 6 Monaten zu erneuern. Arbeiterrückfahrkarten berechtigen zur Fahrt zwischen Arbeits- und Wohnort am Tage vor einem Sonn- oder Festtage und zur Rückfahrt am Tage nach einem Sonn- oder Festtage oder an diesem Tage selbst. Arbeiterrückfahrkarten können von 21 bis 100 km einschl. von den Fahrkartenausgaben selbständig ausgegeben werden. Sofern es sich aber um mehrere Wege und um Entfernungen über 100 km handelt, ist die Eisenbahn-Direktion für die Einführung zuständig. Vom 1. Juni ab erhöht sich der Preis der Arbeiterrückfahrkarten ebenfalls, und zwar beträgt dann der Satz für 1 km 13 Pf.

Kriegsbeschädigte.

Vom 1. März d. J. ab ist folgende neue Tarifbestimmung aufgenommen: Kriegsbeschädigte, die nach der Art ihrer Verletzung während der Reise sitzen müssen, werden in der 3. Klasse zum Fahrpreis 4. Klasse, in Schnellzügen außerdem gegen tarifmäßigen Zuschlag befördert.

Als Ausweis dient eine auf den Namen des Kriegsbeschädigten lautende, von der zuständigen Kriegsbeschädigten-Fürsorgestelle für die Dauer eines Kalenderjahres ausgestellte Bescheinigung darüber, daß er während der Beförderung auf der Eisenbahn des Sitzens bedarf. Die Bescheinigung wird auf Antrag des Kriegsbeschädigten von der Kriegsbeschädigten-Fürsorgestelle ausgestellt, in deren Bezirk er seinen Wohnsitz hat, und muß mit dem Lichtbild des Kriegsbeschädigten versehen sein. Die Begleiter erhalten die gleiche Ermäßigung. Die Notwendigkeit der Begleitung ist durch ein ärztliches oder ein von der amtlichen Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte ausgestelltes Zeugnis oder durch eine Bescheinigung, wie im Tarif vorgesehen, nachzuweisen.

Ein Arzt für Kriegsbeschädigte, wie er nicht sein soll.

Aus Kriegsbeschädigtenkreisen wird uns geschrieben:

Der angestellte Arzt der Prothesenkommission Halle, Herr Dr. Loeffler, mit welchem sich schon ein Artikel in Nr. 236, 1920, beschäftigt macht wieder einmal recht unliebsam von sich reden. [illegible] um ¾10 Uhr ist er sehr oft noch nicht da, kommt er dann angerast, so wird im Galopptempo untersucht, wobei oft die Hälfte vergessen wird, so daß dann in 3—4 Monaten der Kriegsbeschädigte erfährt, daß er z. B. wohl eine Schiene, aber keine Schuhe dazu bewilligt erhalten hat. Dann kann der Kriegsbeschädigte den langen Weg (Instanzenweg) von 3—4 Monaten noch einmal durchgehen.

Dabei sei auf ein geradezu tolles Stück hingewiesen:

Um den Kriegsbeschädigten die Herstellung und Erhaltung der Prothesen zu erleichtern, hat der Staat die ehemal. Orthopädische Werkstatt der Kriegsbeschädigtenfürsorge gekauft. Die Werkstatt arbeitet schon viele Jahre lang zum Segen der Kriegsbeschädigten. Seit Anfang des Jahres hat man nun, wahrscheinlich nach dem Motto: „Nur Arbeit kann uns retten!“ die Orthopädische Schuhmacherei lahmgelegt, angeblich, weil der Schuhmacher (ein Kriegsbeschädigter) nicht formgerecht Innungskrautermäßig abgestempelt ist. Trotzdem er jahrelang zur größten Zufriedenheit der Kriegsbeschädigten gearbeitet hat, sitzt er seit Neujahr in der Werkstatt und darf nicht arbeiten. Nun will man die Herstellung der Prothesen dadurch unmöglich machen, daß man die Werkstatt auf dem Prothesentag nicht mehr zuläßt, angeblich, weil kein Leiter da ist. Mit dem bisherigen Leiter der Werkstatt, welcher selbige aufgebaut hat, klagt man sich schon seit 4 Monaten. Die Privatunternehmer natürlich lachen sich ins Fäustchen, besorgt man doch so ihre Geschäfte; denn der Staat ist in Bezug bei der Preisabnahme dem Privatunternehmer, welche Dr. Loeffler treu zur Seite stehen, auf Grade und Ungnade ausgeliefert.

Die Große Gosenstraße weist wohl das schlechteste Straßenpflaster in ganz Halle auf. Besonders der Fahrdamm befindet sich in einem Zustande, der einer Großstadt nicht würdig ist; an vielen Stellen befinden sich fausttiefe Löcher, so daß ein Befahren dieser Straße fast unmöglich, das Passieren derselben in der Dunkelheit aber geradezu gefährlich ist. Vom Gewerkschaftskartell war vor einigen Monaten in Uebereinstimmung mit den Bewohnern der Großen Gosenstraße beim Magistrat beantragt worden, diese Straße neu pflastern zu lassen. Nach fast fünf Monaten antwortet jetzt der Magistrat, daß dieser Antrag von der Stadtbaudeputation abgelehnt worden sei, und zwar wegen der 185 000 Mk. betragenden hohen Kosten. Es sollen aber wenigstens die schadhaften Stellen ausgebessert werden. Unseres Erachtens hätte diesmal die Kostenfrage nicht ausschlaggebend sein dürfen, denn ein solcher Schandfleck im Stadtbild Halle wie das Straßenpflaster in der Großen Gosenstraße hätte schon längst beseitigt werden müssen. Es erweckt fast den Eindruck, als wenn diese Straße so stiefmütterlich nur aus dem Grunde behandelt wird, weil dort nur Proletarier wohnen. Im übrigen hätte die völlige Renovierung der Straße auch für mehrere Personen Arbeitsgelegenheit geschafft, welches Ziel bei dem Antrag an den Magistrat vom Gewerkschaftskartell ebenfalls ins Auge gefaßt worden war.

Von der Halle-Hettstedter Eisenbahn. Recht eilig hat es die H.-H. E. mit der Fahrpreiserhöhung gehabt. Während diese bei der Staatsbahn noch bevorsteht, ist sie hier bereits durchgeführt. Merkwürdigerweise hat man nur die Preise der 4. und 2. Klasse erhöht, die 3. Klasse ist diesmal verschont geblieben. Auf Grund welcher Unterlagen man dazu gekommen ist, wird wohl das Geheimnis der Verwaltung bleiben. Entweder hat man die Fahrgäste bisher überteuert, oder aber man schenkt ihnen jetzt etwas auf Kosten der 4. und 2. Klasse. Um die Preiserhöhung wenigstens für den Vorortverkehr schmackhafter zu machen, hat man den sog. Friedensfahrplan wieder eingeführt, d. h. es fährt jetzt abends 11 Uhr noch ein Zug ab Bahnhof Halle bis Heide und zurück. Weit besser rentieren würde sich der Zug, wenn er erst 11.30 Uhr vom Bahnhof Halle abgelassen würde. Denn 11 Uhr ist für sehr viele Theaterbesucher etwas früh. Jedoch soll durch die Anregung niemand zum Nachtschwärmer verleitet werden.

Löhnungsnachzahlung für Kriegsgefangene. Die Einreichungsfrist für ehemalige Kriegsgefangene, die bisher keine Ansprüche auf Nachzahlung der militärischen Löhnung für die Zeit der Kriegsgefangenschaft oder auf Entschädigung für bei der Gefangennahme geraubte Gegenstände geltend gemacht haben oder die wegen Fristüberschreitung abgelehnt wurden, läuft am 10. Juni d. Js. ab.

Flugpostverkehr mit Stettin. Vom 15. Mai an wird die Flugpostlinie Berlin—Danzig—Königsberg (Pr.) nicht mehr über Schneidemühl, sondern über Stettin geführt. Hierdurch erhält Stettin mit Berlin und den Ostseehäfen Danzig und Königsberg tägliche Flugpostverbindung mit folgendem Flugplan: ab Berlin 8.45, an Stettin 9.45, an Danzig 1.50, an Königsberg 3.15, zurück ab Königsberg 9.45, an Danzig 10.55, an Stettin 3.5, an Berlin 4.15. In Köslin und Stolp (Pomm.) finden nach Bedarf Landungen ohne Postaustausch statt. Um die Abtragung der Flugpostbriefsendungen in Berlin und Königsberg auch bei Verspätung der Flugzeuge am Flugtage zu sichern, empfiehlt es sich, die Eilbestellung unter Vorausbezahlung des Eilbestellgedes (1,50 Mark) zu verlangen.

Sperre für Pakete und Wertsendungen nach Oberschlesien. Wegen der durch die politischen Unruhen in Oberschlesien eingetretenen schweren Störungen des Eisenbahnverkehrs mußte die Annahme von Paketen und Wertsendungen nach dem oberschlesischen Abstimmungsgebiet durch die Postanstalten bis auf weiteres eingestellt werden. Die unterwegs befindlichen Sendungen dieser Art werden zurückgeleitet und den Absendern wieder zugestellt. Von der Aufhebung der Sperre, die möglichst bald herbeigeführt wird, wird die Oeffentlichkeit rechtzeitig Kenntnis erhalten.

Deutsche Kinderhilfe. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß der Verein der Eichsfelder am 21. Mai bei seinem 13. Stiftungsfest im Wintergarten ein Werk seines verstorbenen Landsmannes, des Dramatikers Emil Jacobi, das Schauspiel „Heimkehr“, aufführen wird. Der Reinertrag soll restlos der Kinderhilfe zugeführt werden. Der Besuch sei daher weitesten Kreisen empfohlen.

Die brennende Frage der Stunde: Wie sieht es in Sowjet-Rußland aus? behandelt Arthur Holitscher, der Verfasser des Buches: „Drei Monate in Sowjet-Rußland“ in einem Vortrage am Freitag, den 20. Mai, im großen Saale des Volksparkes. Da der Vortragende die Zustände in Rußland so schildert, wie er sie antraf, wird dieser Vortrag für jeden, der die schwierige Aufbauarbeit in dieser Arbeiterrepublik kennen lernen will, von größer Wichtigkeit sein! Eintrittskarten 3 Mark.

Die Arbeiter-Samariter-Kolonne Halle hält nach wie vor ihre Uebungsstunden in der Martinschule, Charlottenstraße, ab. Am nächsten Freitag: Uebung für sämtliche Mitglieder in genannter Schule. Am Montag, 23. Mai, Mitgliederversammlung in der „Goldenen Kette“, Alter Markt, mit der Tagesordnung: „Reichssporttag, Urabstimmung über den Bundesbeitrag.“

Der Vorstand.

Stadttheater. Heute, Donnerstag, abends 7½ Uhr, gelangt Verdis Oper „Der Troubadour“ zur Aufführung, Freitag „Alt-Heidelberg“, Sonnabend „Der Waffenschmied“, Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Der Biberpelz“, Sonntag abend „Madame Butterfly“ (Die kleine Frau Schmetterling).

Freie Volksbühne Halle. „Der Verschwender“. Anfang 7½ Uhr. Spieltage: B: Donnerstag, den 19., C: Sonnabend, den 21., D: Dienstag, den 24., E: Mittwoch, den 25. Mai.

Die Karten für das 8. und 9. Werk sind bis zum 2. Juni in den Bezirksstellen einzulösen.

Thalia-Theater. Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag, den 22. d. M., abends 7½ Uhr, der Schwank „Pension Schöller“ von Jacoby und Laufs zur Aufführung. Eintrittskarten sind zu heben an der Kasse des Stadttheaters.

Osmünde. Am Sonntag, den 22. Mai, nachmittags 4 Uhr, findet in Osmünde im Lindenhof eine öffentl. Volksversammlung statt, in welcher Gen. Adolf Thiele spricht über: „Politische und wirtschaftl. Notwendigkeiten“.

Könnern. Ermischte Einbrecher. Gestern früh 7 Uhr wurde hier eine Dame und ein Herr, namens Alma Bock aus Burg bei Magdeburg, und der 26 Jahre alte Koch Walter Heuer aus Alt-Haldensleben, festgenommen. Beide haben in einer Villa bei Aschersleben 164 000 Mk. gestohlen. Es wurden ihnen noch 134 000 Mk. in bar und ein neuer Koffer mit Kleidungsstücken und Zigarren abgenommen. Beide befinden sich fest in Händen der hiesigen Polizei. Sie haben in zwei Tagen über 24 000 Mk. umgebracht. Dem Wach- und Schließbeamten hatten sie für seine Auskunft 1000 Mk. und eine Kiste Zigarren gegeben. Heuer war vollständig mit falschen Papieren ausgerüstet.

Provinz und Umgegend.

Ein ergötzlicher Witz.

Das war aber wieder einmal eine fette Ente. „Sogar die „Volksstimme“ gegen Hörsing!“ Heute morgen verkündete das die „Hallesche Zeitung“, der Schildknappe der Reaktion gegen den sozialdemokratischen Oberpräsidenten, in fetten Lettern. Heiß und kalt muß es einer gewissen Sippe über die Buckel gelaufen sein. Holla, ein Sensatiönchen, wie selten eins, so recht der „Hall. Ztg.“ würdig. Ist ja bekannt dafür — äh, äh — Tradition im Schaumschlägerfach. Und doch, ihr Herrschaften im schwarzweißroten Glanze — umsonst verschluckt wurde der fette Happen. — Denn es war ja nur ein Spaß — oder meinte der sonderbare Witzbold, dessen Nase zuerst den Braten roch, wirklich etwas ernstes gebracht zu haben? — der arme „Politiker“! Man denke, er zitiert uns folgendermaßen: „Die Kommunisten erklären auch in der Tribüne wieder, daß nur die Räteherrschaft Befreiung aus der Not bringen könne.“ Er kommt damit zu folgendem „scharfsinnigen“ Schluß (er könnte „Staatsanwalt“ werden. D. R.): „Damit hat die „Volksstimme“ dem Genossen Hörsing einen schweren Vorwurf gemacht!“ — Man denke, diese phänomenale Logik, gesprochen aus einem gewiß sehr langschädligen „deutschnationalen“ Gehirnkasten! — Also Hörsing ist daran Schuld, daß die „Kommunisten“ eine bolschewistische Taktik einschlagen! Die guten „Kommunisten“ verführt von dem Mephisto Hörsing. Wär er nicht so schuldvoll, die Kilian und Genossen wären dann vielleicht sogar nach deutschnationaler Logik Lämmlein, blütenweiß wie Schnee! — Wer kann dafür, du armer Tor?

Unverantwortliche Berichterstattung.

Die bgl. Presse versetzte die Oeffentlichkeit in schwere Aufregung durch die Meldung, daß der Berliner Personenzug in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag verunglückt und 16 Tote und 30 Schwerverletzte zu beklagen seien.

Erkundigungen an zuständiger Stelle haben die völlige Haltlosigkeit dieser Nachricht ergeben, deren Folge nur war, daß zahlreiche Personen, die Angehörige mit diesem Zuge erwarteten, die Eisenbahndirektion überliefen.

Den Anlaß zu dieser echt sensationsmäßig aufgeputzten Meldung gab folgender Unfall: Auf der Strecke zwischen Reifiсht und Modlau stieß ein Güterzug auf einen mit Eisenbahnschienen beladenen Rollwagen (Arbeitswagen). Die Lokomotive und ein Wagen des Güterzuges entgleisten. Beide Gleise waren einige Zeit gesperrt. Verletzt oder getötet wurde niemand.

Das Eisenbahnunglück mit dem Personenzuge hatte also ein ebenso findiger wie leichtfertiger Berichterstatter dazu erfunden.

Merseburg—Querfurt—Weißenfels—Zeitz.

Merseburg. Ausflug der Parteigenossen. Sonntag, den 22. Mai, veranstaltet die S. P. D. einen Familienausflug nach Rathmansdorf. Wir bitten um recht rege Beteiligung (siehe

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210519-16/fragment/page=0006

(Vereinsanzeiger), um die dortigen Genossen zu besuchen. Um 3 Uhr dortselbst öffentliche Versammlung.

Sangerhausen—Mansfelder See- und Gebirgskreis.

Hettstedt. Zum Uebergriff des Bürgermeisters und der Schupooffiziere gegen das Gewerkschaftskartell, worüber wir bereits berichteten, geht uns noch folgende Darstellung zu: Einen guten Fang glaubte man hier am vergangenen Donnerstag gemacht zu haben. Durch die bei den letzten politischen Unruhen geschaffenen Verhältnisse löste sich unser hiesiges Stadtparlament auf. Da sich nun die Notwendigkeit ergab, nicht ungewappnet den kommenden Neuwahlen entgegenzugehen, faßte in einer bereits voraufgegangenen Kartellsitzung das hiesige Gewerkschaftskartell den Beschluß, die Vertreter der sozialistischen Parteien und des Afa-Kartells zu einer gemeinsamen Sitzung einzuladen. Dieselbe wurde nun, wie schon oben erwähnt, zu Donnerstag, den 12. d. M., abends 7 Uhr anberaumt. Nach den bestehenden Belagerungsgesetzen war die Sitzung anmeldepflichtig. Die Anmeldung geschah dem Gesetz entsprechend rechtzeitig. Nur hatte der Vorsitzende, den Ansichten des hiesigen kommissarischen Bürgermeisters zuwiderlaufend, die Sitzung in den hiesigen Tageszeitungen früher bekanntgegeben, als die Anmeldung beim kommissarischen Bürgermeister. Die Annahme der Anmeldung versuchte der kommissarische Bürgermeister infolge der vorzeitigen Veröffentlichung in den Tageszeitungen zu hintertreiben bzw. zu unterbinden, um ein Stattfinden der Sitzung unmöglich zu machen, indem der anmeldenden Person um 9 Uhr morgens der Bescheid wurde, der kommissarische Bürgermeister sei nicht anwesend. Dieselbe Person versuchte, um 10 Uhr nochmals vorzusprechen, hierbei erhielt sie die Auskunft, nochmals um 3 Uhr zu kommen, da der kommissarische Bürgermeister zu der Zeit zu sprechen sei. Am Nachmittag zur bestimmten Zeit vorsprechend, wurde der anmeldenden Person die Nichtgenehmigung mitgeteilt. Der Grund: Da die Sitzung inseriert, bevor Anmeldung erfolgt sei. Dies kennzeichnet so recht den reaktionär-bürokratischen Geist wilhelminischer Zeit. Ist auch nicht wunderzunehmen, wenn ein kommissarischer Bürgermeister, mit dem Namen von dem Knesebeck, sich seine Auskunft nur in reaktionären Kreisen (Mette, Wiek, Barthel) holt. Was nun aber den Höhepunkt des bürokratischen Machthabertums erreicht, sei in folgendem näher erläutert: Die Vertreter der einzelnen Interessentengruppen begaben sich auf Grund der Zeitungsinserate am selben Abend, in der Annahme, die Sitzung sei genehmigt, in das bekanntgegebene Versammlungslokal. Hier angekommen, wurde jedem vom Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells der Bescheid erteilt, die Versammlung könne nicht stattfinden, da sie nicht genehmigt sei. Nach kurzer Unterhaltung und Befragen nach den Gründen erschien auch schon ein starkes Aufgebot der Schupo, wobei der Führer sofort die Akten beschlagnahmte und, ohne sich zu befragen, die Anwesenden für verhaftet erklärte. In der ganzen Taktik scheint ein besonderes System zu liegen. Die Anwesenden wurden gruppiert und unter starker Bedeckung zum Quartier der Schupo eskortiert. Hier angekommen, wurde Visitation nach Waffen vorgenommen und die Personalien festgestellt. Dies genügte dem äußerst tüchtigen Führer der Schupo noch nicht, sondern er ließ auch noch sämtliche Personen ins hiesige Gerichtsgefängnis einsperren, trotzdem um sofortige Vernehmung von den Verhafteten ersucht wurde. Als Grund der Nichtvernehmung schob man die Abwesenheit des Hauptmanns vor; trotzdem am folgenden Nachmittag die Vernehmung von einem Ober-Wachtmeister vorgenommen wurde. Nach durchgesickerten Berichten wußte man bereits am selben Tage mittags in der Umgebung des Bürgermeisters, daß am Abend ein „kommunistisches Nest" ausgehoben werden sollte; darum die Nichtgenehmigung. In Wirklichkeit sollte noch mehr erreicht werden. Man wollte den hiesigen Gewerkschaften seine bewährten Vertreter und Führer rauben, um bei den kommenden Stadtverordneten-Wahlen freie Hand im reaktionären Sinne zu haben, wozu sich unser, ach so unbeliebtes „Stadtoberhaupt" vorzüglich eignet. Leider schritt die Regierung zu schnell ein und befahl die sofortige Freilassung der Inhaftierten. Trotzdem hat der Schupo-Hauptmann die Freigabe der Inhaftierten auf 24 Stunden auszudehnen gewußt. Wenn hier die Regierung nicht so schnell eingriff, wären, statt Ruhe zu schaffen, was wohl die Pflicht der Schupo ist, wieder Unruhen ausgebrochen. Denn die gewerkschaftlich organisierte Arbeiter- und Angestelltenschaft hätte sich ihre Vertreter nicht ohne weiteres mundtot machen lassen. Nach den Vorkommnissen wird eine klassenbewußte Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft wissen, wonach sie zu handeln hat bei den kommenden Stadtverordneten-Wahlen. Keine Stimme den bürgerlichen Parteien, die auf schamlose Weise versuchen, die Arbeiterschaft zu knebeln, sondern alle Stimmen dem sozialistischen Arbeiterblock.

Stollberg i. H. Ein Reinfall reaktionärer Ankläger. Am Donnerstag, den 12. Mai, wurde gegen unseren Genossen Stadtv. August Riemann am hiesigen Schöffengericht in drei Terminen verhandelt. Riemann als überzeugter Republikaner, hatte am 26. Januar 1921 als Schuldeputationsmitglied des Magistrats, die in der Volksschule durch den reaktionären Rektor dort wieder aufgehangenen Hohenzollernbilder durch die Schuldiener entfernen lassen. Der Fall ist bezeichnend für das Erstarken der Reaktion; die Bilder waren nämlich bei der Revolution durch den damaligen Arbeiterrat entfernt worden und plötzlich nach zwei Jahren läßt dieser reaktionäre Rektor, übrigens ein sich sehr nach der Konjunktur wendender Herr, der als polnischer Flüchtling in Stollberg ein Unterkommen gefunden hat, diese Bilder dort wieder aufhängen. Vielleicht dachte er durch solche Machenschaften sich einen Namen dem Fürsten und den dort in Menge dominierenden Hof-Bäcker, -Schuster, -Schneider, -Schlosser und sonstigen Handwerkern gegenüber zu machen um vielleicht als ebenbürtiges Mitglied in der Hofgesellschaft (sprich deutsch-nationaler Klub) aufgenommen zu werden. Der Amtsrichter führte unserem Genossen das Verwerfliche seines Handelns vor Augen und der Amtsanwalt sah in der Tätigkeit des Hilfsmitgliedes des Magistrats einen Hausfriedensbruch und kam zu einer unbedingten Verurteilung des Gen. Riemann. Unser Genosse, Parteisekretär Flücht, ergriff aber dann als Rechtsvertreter das Wort und führte in seiner Verteidigungsrede dem Richter und Schöffenkollegium die Psyche der Mehrheit des republikanischen Volkes vor Augen, wobei er vom Amtsrichter unterbrochen wurde und ihm gesagt wurde, „hier werden keine Volksreden gehalten". Er wies aber dann weiter auf die Erlasse des Kultusministers hin und legte die Befugnisrechte der Schuldeputation die in der Städteordnung und dem Gesetze über die Bildung von Schuldeputationen vom 28. Juni 1906 (also noch altes System) festgelegt sind, hin. Der Schluß seines Plaidoyers war für einen unbedingten Freispruch, wenn man keine Klassenjustiz haben wolle. Nach einer langen Beratung kam dann auch das Gericht zu einem Freispruch des Angeklagten, welches bei der arbeitenden republikanischen Bevölkerung sichtliche Befriedigung hervorrief.

Sangerhausen. Zu den Stadtverordnetenwahlen. Unter dieser Ueberschrift bringt das Kreisblättchen einen Artikel, um bei den kommenden Wahlen Dumme zu fangen. Auf die Anpöbelungen gegen unsere Partei haben unsere Genossen mit folgendem Eingesandt geantwortet: Für den Schreiber des Artikels scheint sozialistisch und kommunistisch dasselbe zu sein. Sonst würde es nicht verständlich sein, daß in dem Artikel als das schuldige Karnikel immer die sozialistisch-kommunistische Mehrheit in einem Atemzuge genannt wird. Zur Grundsteuerordnung stellen wir fest, daß die Stadtverordnetenversammlung zunächst nur die Besteuerung des unbebauten Grundbesitzes beschlossen hatte. Da dies aber von der Regierung in Merseburg nicht genehmigt wurde, sah man sich genötigt, auch den bebauten Grundbesitz zu besteuern. Nach dem Programm der Sozialdemokratie ist hierfür der gemeine Wert maßgebend, um so den Grundstückswucher zu fassen. Es steht fest, daß der Hausbesitzer nach dem gemeinen Wert der damaligen Ordnung nicht diese enorme Besteuerung, wie sie jetzt besteht, hätte erdulden müssen. Die Ablehnung dieser Magistratsvorlage sowie der über die Besteuerung des reichssteuerfreien Einkommens von 15 000 Mk. an, bildeten den Grund zur Mandatsniederlegung unserer Stadtverordneten. Dies scheint dem Artikelschreiber entgangen zu sein, ebenfalls ist diese Ablehnung, die durch bürgerliche und kommunistische Stadtverordnete geschah, von ihm mit keiner Silbe erwähnt worden. Und trotzdem war dies doch wohl die erste Ursache der jetzigen Besteuerung. — Noch ein kurzes Wort zur Finanzmißwirtschaft: Ausgaben von außergewöhnlicher Größe sind nach den bestehenden Verhältnissen überall nötig gewesen. Wie wir hören, schließt der im Jahre 1917 aufgestellte Kriegsetat, der von Jahr zu Jahr von der damaligen bürgerlichen Mehrheit verlängert wurde, mit einem Fehlbetrag von rund 800 000 Mk. ab, ein Erbe, daß die sozialistische Mehrheit übernehmen mußte. — Zum Schluß zwei Fragen, um deren Beantwortung wir bitten: 1. Wie kommt es, daß in Städten mit absoluter bürgerlicher Mehrheit (Merseburg, Nordhausen, Torgau, Wittenberg, Naumburg usw.) die Finanzmisere die gleiche und z. T. eine größere ist als hier? 2. Rechnet der Artikelschreiber die Ausgaben für die Gehaltsaufbesserung der Beamten, Angestellten und Arbeiter, die einen großen Anteil der Mehrausgaben bilden, auch zur „sozialistischen Mißwirtschaft"?

Bitterfeld—Delitzsch—Wittenberg.

Golpa. Schwerer Unglücksfall. Auf der Ziegelei verunglückte Sonnabend vormittag der Vizemeister Schalk dadurch, daß er in die Transmission geriet und sich dadurch mehrere Oberschenkelbrüche zuzog. Der bedauernswerte Mann mußte der Halleschen Klinik zugeführt werden, wo er noch am selben Abend seinen inneren Verletzungen erlag.

Schköna. Von der Partei. Der hiesige Ortsverein der S. P. D. hielt am 15. d. M. seine Mitgliederversammlung ab. Gen. Specht aus Roitzsch sprach über den mitteldeutschen Putsch und seine Folgen. Gen. Specht stellte dabei besonders die Kritik, welche an dem Verhalten unseres Genossen Hörsing geübt wurde, richtig. Es war für die Genossen damit Genüge getan. Den Ausführungen des Genossen Specht wurde restlos zugestimmt. Die Angelegenheit unseres Amtsvorstehers wurde ebenfalls geregelt.

Torgau—Liebenwerda—Schweinitz.

Großthiemig. 270 Kinder und drei Lehrer! „Man schaffe Raum für neue Lehrer. Unsere Jugend darf nicht in überfüllten Klassen sitzen, sie bedarf der sorgfältigsten Pflege." Diese Worte fand man in Nr. 97 der „Volksstimme". Doch wie sieht es mit der Verwirklichung in Großthiemig aus. Großthiemig hat, wie schon früher an dieser Stelle berichtet, zwei Unterrichtsräume und drei Lehrer, bei sage und schreibe 270 Kindern, zur Verfügung. Alle Bemühungen, zwei weitere Unterrichtsräume zu erhalten, scheiterten an der Verdummungspolitik des Pfarrers Krage und seiner Gehilfen, darunter sogar zweier Lehrer. Der Flickbau der alten Schule war am 12. Dezember 1920 von einer Kommission des Kreises besichtigt und verworfen worden. Eine Kommission der Regierung in Merseburg erschien endlich am 11. April, um nochmals ein Gutachten abzugeben. Das sah aber auch danach aus. Der in Betracht kommende Regierungsbaumeister, der allem Anschein nach die letzten 40 Jahre verschlafen hat, oder aber nicht wußte, daß 270 Kinder zu unterrichten sind, hat sein Gutachten daraufhin abgegeben, daß der Flickbau beginnen kann. Er stellte dazu aber folgende Bedingungen auf: 1. Das Gemeindearmenhaus wird als Wirtschaftsgebäude betrachtet. 2. Ein an dem Platze gelegenes Backhaus muß weggerissen werden. 3. Der ganze Platz soll Umzäunung erhalten. Die Gemeindevertretung und der Schulvorstand haben diese Bedingungen in der letzten Sitzung angenommen. Hatte dabei die hohe Gemeindevertretung mitsamt dem „hochwohllöblichen Schulvorstand" keine Hintergedanken? Der Platz an der Schule ist doch öffentlich und darf nach dem Ortsstatut nicht verkleinert oder gar dem öffentlichen Verkehr entzogen werden. Wenn der Platz aber eingezäunt wird, muß doch das Ortsstatut erst geändert werden, und da möchten wir doch darauf hinweisen, daß das Spritzenhaus auch erst zugenagelt wird sowie auch der Eingang zum Kirchhof bzw. zur Kirche. Na, Großthiemig, „die Gemeinde der Bettler", wie sich früher einmal ein Gemeindevorsteher ausdrückte, hat ja jetzt jedenfalls Geld, um erstens die alte Schule auszubauen, zweitens ein neues Armenhaus, drittens ein neues Backhaus, viertens ein neues Spritzenhaus und fünftens in ungefähr 3—5 Jahren nochmals ein neues Schulhaus zu bauen. — Doch untersuchen wir einmal die Gründe, weshalb insbesondere der Herr Pfarrer Krage sowie 2 „Lehrer" den vierklassigen bzw. zweiklassigen Schulbau so bekämpfen. Da kommt man zu folgendem Urteil: Die Herren suchen durch das Aufhalten der geistigen Bildung der Jugend sich bis ins hohe Alter die geistige Führung in der Gemeinde Großthiemig zu erhalten. Oder will man sich den schönen Entschuldigungsgrund: „Es sind zu viel Kinder in meiner Klasse, und daher ist es unmöglich, den Kindern etwas zu lernen!" nicht aus den Händen nehmen lassen? Haben die Herren Lehrer schon daran gedacht, daß 8000 ihrer Kollegen ohne Stellung sind. Haben sie kein Solidaritätsgefühl? Die 8000 Lehrer würden ihnen zu danken wissen.

Mühlhausen (Thür.). Prähistorischer Fund. Ein Mammutstoßzahn von 3,20 Meter Länge und 70 Zentimeter Durchmesser an der Wurzel wurde in Groß-Burschla aufgefunden. Das prähistorische Fundstück, das aus der Zeit etwa 20 000 v. Chr. stammt, lag 7 Meter unter der Bodenfläche.

Aus aller Welt.

Erfurt, 18. Mai. Zuchthausstrafen. In dem Prozeß des Erfurter Sondergerichts gegen 34 Angehörige der Leunaer Roten Armee, die in dem Dorfe Bachra von der Erfurter Schutzpolizei gefangen genommen waren, wurde heute nach achttägiger Verhandlung das Urteil gefällt. Elf Angeklagte wurden zu Zuchthausstrafen von zwei Jahren drei Monaten bis zu sechs Jahren, die übrigen zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Berlin, 19. Mai. Bombe und Sauerstoffapparat. Die von einem Teil der deutschen Presse verbreitete Meldung, wonach ein französisches Flugzeug über dem Schwarzwaldort Pfauenbach eine Bombe abgeworfen hat, entspricht nicht den Tatsachen. Es handelt sich lediglich um einen Sauerstoffapparat, den das Flugzeug beim Ueberfliegen des Ortes verlor. Der angerichtete Sachschaden ist glücklicherweise gering.

Zittau, 18. Mai. (Privattel.) Explosion in einer Fabrik. In der Brikettfabrik des staatlichen Werkes in Hirschfelde ereignete sich in der Nacht zum Pfingstfeiertag eine heftige Explosion. Da die Belegschaft bereits die Fabrik verlassen hatte, ist ein Verlust an Menschenleben nicht zu beklagen, doch ist der angerichtete Sachschaden sehr bedeutend. Ueber die Ursache der Explosion konnte die Untersuchung noch keine Klarheit schaffen.

Remscheid, 17. Mai. Vom Blitz getötet. Eine Gruppe von hiesigen Ausflüglern, die am zweiten Pfingstfeiertag während eines Gewitters in der Nähe der Stadt unter einer Eiche Schutz gesucht hatte, wurde vom Blitz getroffen. Zwei Frauen wurden sofort getötet, drei andere Personen erlitten Lähmungen und schwere Brandwunden.

Frankfurt a. Main, 17. Mai. Flüchtiger Bankbetrüger. Im September 1920 hatte ein angeblicher Karl Halischer bei der hiesigen Diskontogesellschaft ein Scheckkonto eröffnet. Hiervon hob er nach und nach 105 000 Mark ab. Wie sich jetzt herausstellt, ist die Bank einem Betrüger zum Opfer gefallen, der bei der Berliner Zentrale der Diskontogesellschaft die für Frankfurt am Main bestimmten Uebertragungsbelege gefälscht und darauf die Summe in Einzelbeträgen abgehoben hat. Der Betrüger ist im Besitze eines Auslandspasses, auf seine Ergreifung ist eine namhafte Belohnung ausgesetzt.

Kopenhagen, 19. Mai. Ein Holzlager von Millionenwert durch Feuer vernichtet. Aus Helsingfors wird der „Berlingske Tidende" gemeldet, daß in der letzten Nacht in Krotka ein großes Holzlager, das zum Teil der Regierung gehört, durch einen Brand zerstört wurde. Der Schaden wird auf viele Millionen geschätzt. Es liegt Brandstiftung vor.

Gewerkschaftliches.

Der Bergarbeiterverband

hält vom 29. Mai bis zum 4. Juni d. J. seine 23. Generalversammlung in Gießen ab. Die Tagesordnung sieht außer dem Vorstandsbericht und der Beratung des Verbandsstatuts besondere Referate über die Arbeitsgemeinschaften, Sozialisierungsfrage und Sozialpolitik vor. Der Verbandsvorstand unterbreitet den Teilnehmern an der Generalversammlung umfangreiches Material. Die Jahrbücher für die Jahre 1919 und 1920 umfassen zusammen 977 Seiten. Außerdem erhalten die Delegierten noch drei Druckschriften über die Sozialisierungsfrage, die Krise in der Kaliindustrie und den Staatsbergbau. Die Vorlage enthält Vorschläge der Verbandsleitung zur Aenderung des Statuts und 566 Anträge der Zahlstellen und Bezirke zu den einzelnen Verhandlungsgegenständen. 837 Zahlstellen und Bezirke haben Anträge eingesandt, die, weil oft gleichlautend, zu 566 Anträgen zusammengefaßt werden konnten. Diese vielen Anträge beweisen, daß die Mitglieder ihrem Verbandstage große Anteilnahme entgegenbringen. Von den 566 Anträgen sind 472 zum Verbandsstatut gestellt. 60 Anträge beschäftigen sich mit dem Geschäftsbericht des Vorstandes und der Redaktion. Selbstverständlich befinden sich darunter auch einige Anträge, die den Verband zu einer „revolutionären" Kampfesorganisation im Sinne der Moskauer machen wollen. Zwei Anträge verlangen, daß sich die Generalversammlung und Verbandsleitung für den „Offenen Brief" der Kommunisten aussprechen sollen. Vier Anträge protestieren gegen das Vorgehen des Vorstandes gegen die Zellenbauer und Disziplinbrecher und ein Antrag will dem Vorstande das übliche Mißtrauensvotum ausstellen. Wenn man berücksichtigt, wie in den letzten Wochen von der Bergbauabteilung der kommunistischen Reichsgewerkschaftszentrale mit Rundschreiben und Aufrufen gearbeitet wurde, dann muß das Ergebnis als sehr dürftig bezeichnet werden. Zugegeben soll noch werden, daß noch einige Anträge zum Lohn- und Tarifwesen, Pressebericht und Statut einen kleinen kommunistischen Einschlag aufweisen. Es sei auch noch bemerkt, daß ein Antrag die Beschickung des Kongresses der roten Gewerkschaftsinternationale wünscht.

Mit den Arbeitsgemeinschaften haben sich 31 Zahlstellen beschäftigt, die 6 Anträge stellten. Davon verlangt ein von 22 Zahlstellen gestellter Antrag, daß der Verband aus der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern austreten soll. Zwei Anträge verlangen, daß die Arbeitsgemeinschaft mit den christlichen und polnischen Organisationen aufhöre, während ein weiterer Antrag eine feste Kartellierung verlangt und falls dies nicht möglich sei, ebenfalls den Rücktritt fordert. Aus den 14 Anträgen zur Sozialisierungsfrage klingt der feste Wille, die Ausbeutung der Bodenschätze den Händen des Privatkapitals zu entreißen und in den Besitz der Allgemeinheit überzuführen. Starke Mißstimmung wegen des immer noch nicht eingelösten Regierungsversprechens und gegen die Stinnessozialisierung zieht durch diese Anträge. Mit der die Bergleute so interessierendne Schaffung eines Reichsknappschaftsvereins und der Reform der sozialpolitischen Gesetzgebung befassen sich 17 Anträge.

Die Verbandsleitung hat den Mitgliedern eine Vorlage zur Aenderung des Verbandsstatuts unterbreitet, die neun Beitragsklassen mit Beiträgen von 1 Mark bis 5 Mark und eine entsprechende Regelung der Unterstützungssätze vorsieht. Diese Vorlage ist in den Zahlstellen eifrig vorberaten worden und in den vorliegenden 472 Anträgen werden die verschiedensten Wünsche geäußert. Am meisten sind die Bestimmungen über die Eintrittsgelder, Beiträge, Extrabeiträge und Unterstützungen umstritten. Die Anträge zum Statut bilden ein Spiegelbild von der verschiedenartigsten Auffassung der Mitglieder über die Aufgaben einer gewerkschaftlichen Organisation. Es ist sehr bezeichnend, daß diejenigen Zahlstellen, die dem Verbande keine Beitragserhöhung zukommen lassen wollen, zum größten Teil im Ruhrrevier liegen. Es sind 50 Zahlstellen, davon befinden sich 47 im radikalen Ruhrrevier, während 3 in Niederschlesien liegen. Zu den §§ 9 und 10 (Beiträge und Extrabeiträge) sind allein 110 Anträge gestellt. Es dürfte unmöglich sein, diese Anträge alle unter einen Hut zu bringen. Auch in der Unterstützungsfrage gehen die Ansichten sehr weit auseinander. Die am 24. Mai zusammentretende Statutberatungskommission sieht sich vor eine schwere Aufgabe gestellt, um aus den vielen Anträgen das Beste herauszusuchen und der Generalversammlung eine annehmbare Vorlage zu unterbreiten. Die Generalversammlung wird in ihrer Tagung den reichhaltigen Beratungsstoff nur dann bewältigen können, wenn alle Teilnehmer mit dem festen Vorsatz nach Gießen kommen, dem Verbande und damit den deutschen Bergarbeitern zu dienen.

Genossenschaftliches.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine

veröffentlicht ihren 27. Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1920. Der Warenumsatz hat sich in diesem Jahre von 352,6 Mill. Mark auf 1352,2 Millionen erhöht. Zum Teil ist das immer noch auf die weiter gestiegenen Warenpreise zurückzuführen, zum erheblichen Teil jedoch wird diese Umsatzsteigerung als ein Gradmesser für die Erhöhung der umgesetzten Warenmenge bezeichnet. Die Lockerung der Zwangswirtschaft ist den Genossenschaften, damit auch der GEG. zugute gekommen. Daher versicht auch der Bericht wiederholt den liberalen Gedanken des freien Handels, obwohl er seine Nachteile nicht verkennen sollte. Ueber die Entwicklung des Geschäftsjahres gibt der Geschäftsbericht folgende Uebersicht:

„Das Jahr setzte mit einer ungeheuren Nachfrage nach Waren aller Art ein. Der große Bedarf in Zusammenhang mit dem weichenden Kurse der Mark trieb die Preise für alle Artikel in die Höhe, und trotzdem fand jede Ware reißenden Absatz. Auch die Ausfuhr war sehr lebhaft, denn der Tiefstand der Mark drängte die deutsche Ware ins Ausland. Die Einfuhr sollte grundsätzlich nur notwendige Lebensmittel, Rohstoffe und Halbfabrikate umfassen. Tatsächlich kamen aber erhebliche Mengen von Luxusgegenständen und entbehrlichen Waren mancher Art herein, da das Loch im Westen fast das ganze erste Vierteljahr hindurch noch nicht geschlossen war.

Als Anfang März der Markkurs anzog, ging das Ausfuhrgeschäft sofort zurück, und die Nachfrage im Inland flaute ab. Der Kapp-Putsch am 13. März brachte zunächst alle Betriebe zum Stillstand; aber auch nach Wiederherstellung der Ruhe lastete lähmende Ungewißheit auf allen Kreisen von Handel und Industrie. Verbraucher und Wiederverkäufer hielten mit ihren Einkäufen zurück in Erwartung eines weiteren Rückganges des Preises. E-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210519-16/fragment/page=0007

trat eine allgemeine Geschäfsstockung ein, die erst behoben wurde, als die Warenbesitzer sich zum Verkauf der Vorräte zu niedrigeren Preisen entschlossen und die Hoffnung der Konsumenten auf einen weiteren Preisrückgang sich nicht verwirklichte. Anfang Herbst entwickelte sich dann auf der Grundlage ermäßigter Preise ein lebhafter Verkehr, an dem besonders die Textil-, Leder-, Schuhwaren- sowie einzelne Teile der Maschinenindustrie beteiligt waren. Aber auch da war es nur eine scheinbare Aufwärtsbewegung, die keine reale Grundlage hatte und an die keine Erwartungen geknüpft werden konnten."

Die Zusammenfassung der Konsumvereine in Bezirken zu Einkaufsvereinigungen hat im letzten Geschäftsjahr weitere Fortschritte gemacht. Es wurden sechs neue Einkaufsvereinigungen gegründet. Die Umsätze in den Einkaufsvereinigungen stiegen von 36 auf 129,6 Millionen Mark, ihr Anteil an dem Gesamtumsatz der GEG. betrug aber nur 9,6 Proz. gegen 10,9 Proz. im Jahre 1919 und 37,6 Proz. im Jahre 1913. Das liegt daran, daß wichtige Artikel wie Mehl und Zucker infolge der Zwangsbewirtschaftung für den gemeinsamen Wareneinkauf ausscheiden.

Der Warenbezug von genossenschaftlichen Organisationen stellte sich auf 45 gegen 13,6 Milliarden Mark im Vorjahr.

In den Produktionsbetrieben der GEG. war der Beschäftigungsgrad bei schwankender Marktlage sehr ungleich. Im allgemeinen sind die Steigerungen der Umsätze dieser Betriebe auf die erhöhten Warenpreise zurückzuführen. Bedeutend gestiegen ist der Umsatz bei den Seifenfabriken in Gröba und Düsseldorf. Das hat seinen Grund darin, daß im Gegensatz zu früheren Jahren nur gute vollfette Seife hergestellt und zu hohen Preisen auf den Markt gebracht wurde. Der Bericht muß hierbei auch die nachteiligen Folgen der freien Wirtschaft verzeichnen, indem er feststellt, daß mit Einsetzung der freien Seifenwirtschaft „ein Teil unserer Freunde es an der genossenschaftlichen Treue sehr fehlen läßt". Ein Produktionsrückgang wird in der Teigwarenfabrik Gröba-Riesa, eine bedeutende Produktionssteigerung in der Zündholzfabrik Lauenburg vermerkt. Die Bankabteilung er GEG. hat sich im allgemeinen günstig entwickelt.

Die Fortführung des Programms, das vor dem Kriege für den Ausbau der Eigenproduktion aufgestellt war, konnte noch nicht erfolgen. Noch immer stellen sich nach dem Bericht der Errichtung neuer Fabriken fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen, doch konnte für den Ausbau der bestehenden Betriebe mancherlei getan werden. Die Leistungsfähigkeit verschiedener Fabriken durch Vergrößerung der maschinellen Einrichtung wurde so gefördert, daß eine höhere Beschäftigungsmöglichkeit sofort, wenn diese eintritt, ausgenützt werden kann.

Beschäftigt wurden in allen Betrieben zusammen 2427 Personen gegen 2041 Personen im Vorjahr.

Der Ueberschuß der GEG. ist von 2 Millionen auf 4,4 Millionen gestiegen.

Sport und Körperpflege.

Der Lehrerturnverein und der Turnlehrerinnen-Verein haben eine Arbeitsgemeinschaft gegründet, um in gemeinsamem Schaffen an der Hebung der körperlichen Erziehung unserer Jugend in den Volks- und Mittelschulen zu arbeiten. Aus der Fülle ihrer Aufgaben seien herausgegriffen: Mancher Schulhof ist in keiner Weise zur turnerischen und sportlichen Betätigung geeignet und unsere Jungen und Mädchen müssen ihre Turnübungen in den Turnhallen vornehmen, deren Reinigungsmöglichkeiten aber auf zwei Drittel der früheren zurückgesetzt ist. Staub in den Höfen (Sprengung ist eingeschränkt), Staub in den Hallen. Im vergangenen Winter konnten die Turnhallen nicht geheizt werden, ein Verbot der Reichskohlenstelle verhinderte es. Das Turnen mußte z. T. ausfallen. Manche Schulen haben drei Turnstunden, andere bloß zwei. In manchen Hallen stehen Geräte, die für Kinder ungeeignet sind. Für unsere Schulen fehlen Spielplätze, die den Wohnungen der Schüler näher liegen als die zwar schönen, aber abseits gelegenen Plätze auf der Peißnitz und dem Sandanger. In diesen und noch anderen Fragen Wandel zu schaffen, ist die Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft. Alle, denen die Gesundung unserer Jugend am Herzen liegt, besonders die Eltern unserer Kinder, die Behörden und Aerzte, sollten sich freuen und der Arb.-Gem. Dank wissen, deren Arbeit viel Schwierigkeit bietet, aber doch hoffentlich von rechtem Erfolg gekrönt wird.

„Gut Heil" zum rüstigen Schaffen! M.

Eingesandt.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung.)

Ist der Polizeidienst organisiert?

Am 14. 5. 1921 wurde durch Verfügung des Oberpräsidenten Hörsing die durch Verordnung vom 22. 4. 1921 verhängte Verkehrssperre für die Zeit von 12 Uhr nachts bis 4 Uhr früh aufgehoben. Am 16. 5. 1921 scheinen die ausführenden Polizeiorgane von dieser Verfügung noch nicht unterrichtet gewesen zu sein, denn Punkt 12 Uhr nachts wurden sämtliche Hauptstraßenzüge Halles, wie bisher, durch die grüne Schutzpolizei gesperrt und die Passanten zur Vorzeigung von Ausweisen aufgefordert. Wer nicht im Besitze eines von der Polizei ausgestellten Passierscheines war, wurde rücksichtslos zur Wache geschafft und hatte sich dort hochnotpeinlichen Verhören zu unterziehen.

In diesem Zusammenhange erscheint es zweckmäßig, einmal auf die ungenügende Organisation des nächtlichen Polizeidienstes während der hinter uns liegenden Zeit hinzuweisen. Wenn man das Vergnügen hatte, Halle erst mit den letzten einlaufenden Zügen gegen 12 Uhr nachts zu erreichen, konnte man am Bahnhofe erst eine geraume Weile warten, ehe man von dem einzigen Beamten der dortigen Polizeiwache einen Ausweis erhielt. Dieser unerquickliche Zustand mußte sich aber zur Haltlosigkeit auswachsen, als bei dem riesigen Pfingstverkehr, entgegen der Verordnung des Oberpräsidenten, an der bisherigen Gepflogenheit festgehalten wurde. Viele Hunderte von Reisenden bevölkerten stundenlang den Bahnhofsvorplatz, ehe sie glücklich in den Besitz eines Ausweises gelangten, der ihnen gestattete, ohne Gefahr des Angehalten- und Zur-Polizeiwachegeführtwerdens, die nächtlichen Straßen von Halle zu durcheilen. Was Wunder, wenn ein großer Teil, des langen Wartens überdrüssig, von Müdigkeit überwältigt, den Heimweg ohne Ausweis antrat? Einzelne benutzten die dort stehenden Taxameterautodroschken und gelangten unbehelligt nach Hause. Andere, welche den hohen Fahrpreis nicht erschwingen konnten oder nicht mehr das Glück hatten, noch ein Auto zu erreichen, wurden bei dem Versuche, möglichst bald ihr Heim zu erreichen, angehalten und zur nächsten Polizeiwache geschafft. So erging es auch mir, als ich in Begleitung meiner Frau und 4 Kindern im Alter von 7 bis 13 Jahren auf dem Wege nach Hause mich befand. Sämtliche Personen mußten unbedingt mit zur Wache, ohne Rücksicht auf die Müdigkeit der Kleinen. Selbst meine Bitten, wenigstens meine Frau mit den Kindern gehen zu lassen, blieben unberücksichtigt. Erst nach einer vollen Stunde konnten wir die Wache wieder verlassen und erreichten gegen 2 Uhr unsere im Mühlweg gelegene Wohnung. Aber, o Wunder, auf desem letzten, nicht sehr kurzen Wegstück sah und hörte man nichts mehr von der Schutzpolizei, dafür florierte aber der zivile Straßenverkehr um so besser.

Wenn man schon auf dem Standpunkte steht, daß man es der Polizei überlassen muß, welche Maßnahmen sie zur Sicherung der Einwohnerschaft treffen will, so kann man aber doch wohl erwarten, daß diese nicht im Gegensatze zu den von oben ergangenen Verfügungen stehen; es muß aber grundsätzlich gefordert werden, daß die getroffenen Anordnungen nicht zu einer Plage der Einwohner werden, zu deren Schutze sie sein sollen.

Ich weiß nicht, auf wessen Schuld das Versehen zurückzuführen ist; es muß aber strengste Untersuchung angeordnet und gegen den Schuldigen vorgegangen werden, damit nicht durch ähnliche Schildbürgerstückchen unsere Sicherheitsorgane der Lächerlichkeit anheimfallen. Denn Lächerlichkeit tötet bekanntlich. —ei.

Reclams Universal-Bibliothek
Preis 1.50 pro Nr.
empfiehlt die
Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.

Gesucht
wird der nervenkranke Pastor a. D. Richter, welcher sich am Pfingstsonntage, den 15. Mai 1921, aus der Landesheilanstalt Alt-Scherbitz bei Schkeuditz entfernt hat. Der Gesuchte ist etwa 175 cm groß, von kräftigem Körperbau, 59 Jahre alt, mit grauem Haar und grauem Schnurrbart. Er trägt eine goldene Brille schwarzen Ueberzieher, schwarzen Gehrock, schwarze Hosen, Schnürschuhe und hellgrauen Filzhut, alle Kleidungsstücke sind mit der Zahl 3 gezeichnet. Der Kranke ist dadurch auffällig, daß er sich nicht verständigen kann, da er nur wenige Worte zu sprechen imstande ist.
Mitteilungen, die zur Auffindung des Kranken dienen können, wolle man umgehend an die Direktion der Landesheilanstalt Alt-Scherbitz bei Schkeuditz gelangen lassen.

„Gilden-Sozialismus"
Vortrag von G. D. H. Cole.
Uebersetzt von Dr. Eva Schumann.
Preis 3.— Mk.
Buchhandlung Verlag der Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Stellen finden

Heizungs-monteure
durchaus selbständige, ältere, sofort gesucht.
Sachsse & Co., Halle a. S.,
Bugenhagenstr. 12.

Werkmeister
Vorarbeiter, Beamte große u. kleiner Betriebe können durch Uebernahme unserer absolut konkurrenzlosen Vertretung ihr Einkommen verdoppeln und sich außerdem laufende steigende Rente verschaffen. Jedermann ist Interessent! Vorkenntnisse und Kapital nicht erforderlich! Sofort Verdienst! Bewerbungen unt. K. A. 415 an Ala-Haasenstein & Vogler, Magdeburg.

Kaufgesuche

Ich kaufe alle Herren-, Damen- u. Kinder-Garderobe
Wäsche aller Art usw., Militäreffekten, neu u. gebraucht, dauernd zu angemessenen Preisen.
Kein Laden. — Privat.
Paul Hammer, Rathausstraße 17, H. I.

Wo verkaufe ich am besten
Hamster?
Bei
H. Lerner,
Kleine Klausstraße 18.
Telephon 2191.

Vermischtes

Schmierseife
Seifenpulver
Kernseifen
Toilettenseifen
empfiehlt
f. Wiederverkäuf. u. Großbez.
F. W. Paul Richter,
Halle a. S.,
Magdeburgerstraße 11.
Fernruf 5797.

Kluge Frauen
kaufen keine nutzlosen teuren Mittel, sondern wenden sich bei Regelstörungen u. Stockungen an mich. Machen Sie noch einen Versuch mit meinem anerkannt wirksamen Spezialmittel. Vollkommen unschädlich. Garantie: Erfolg. Ohne Berufsstörung. Viele Dankschreiben. Marta Kiess, Merseburgerstraße 161 IV. Eingang Königstraße.

Billigste Bezugsquelle von
Matratzen
3teilig mit Leinen und Drellbezügen, pr. Alpengrasfüllung, von 160 Mk. an, engl. Bettstellen, pr. starkes Holz und Oelfarbenanstrich,
Patentmatratzen,
Chaiselongues
m. pr. Bezügen u. Verarb. von 370 Mark an.
Plüsch- u. Stoff-Solas, Klub-Sofas u. Sessel.
E. Mass,
Charlottenstraße 9.
Fernsprecher 3521.

Echtes
Klettenwurzel-Haaröl
à Flasche 3.50
empfiehlt
Hallmarkt-Drogerie
Paul Claus,
Dreyhauptstrasse 2.

Sie schädigen sich selbst!
wenn Sie von unserem
Sonder-Verkauf
keinen Gebrauch machen.
Wegen Renovierung unseres Geschäfts müssen unser großes Lager räumen u. bieten wir Ihnen
außerordentl. Vorteile
Es kommen Waren zu Einkaufs- teils unter Einkaufspreisen zum Verkauf. Z. B.:
500 Eins.-Hemden 29,50
Makko, ?reiz. Must.
1000 Dam.-Hemd. 21 M
u. Beinkleider v. 21 M an
Ein großer Posten
Bett-Bezüge i. wß. u. bt. von 115 M an
5000 Paar Strümpfe
in allen Farben für
Herren, Damen und Kinder
von 5,75 an
800 m Batist von 9,50 an
500 m Dirndlstoff
Meter 18,00
ferner Hemdentuch, Barchent, Nessel, Handtücher, Wischtücher, Kopftücher, Wolle usw.
Wäsche- u. Wollw.-Lag.
Gr. Ulrichstr. 25,
Ecke Jägergasse.

Damen-u. Kindergdr.
wird angefertigt.
Körnerstr. 12, H. p. l.

A. Henckel,
Korsetts und Reformleibchen
Merseburg,
Oelgrube 29.

In Eisleben ist die Volksstimme
im Abonnement oder zum Einzelbezug in
Breunung's Buchhandlung Plan 10
täglich zu haben. Daselbst werden Bestellungen zur Lieferung der Volksstimme ins Haus angenommen.

Kein Laden — Kein Laden
daher denkbar billigste Preise.
Habe einen großen Posten
Pa. Hemdentuche
zu sehr vorteilhaften Preisen in nur bekannt besten Qualitäten bekommen.
Restergeschäft Paul Henneke,
Eisleben, Freistraße 1, I. Etage.

Reichhaltiges Wachstuchlager
bringe in empfehlende Erinnerung.
Aug. Ackermanns Sohn,
Eisleben, Freistraße 47/49.

Leser der Volksstimme!!
Beim Besuch von Gastwirtschaften, Friseurgeschäften, Vergnügungsetablissements achtet darauf dass die „Volksstimme" öffentlich ausliegt.

Weißpinsel zum Deckenstreichen,
alle anderen Sorten Pinsel in großer Auswahl zu billigsten Preisen.
Carl Henneke, Eisleben, Freistr.

Anmeldungen
zur Aufnahme in die
Sozialdemokr. Partei
wolle man dem Parteisekretariat, Gambrinushalle, Hallesche Straße 10 persönlich, schriftlich oder telefonisch (Rufnummer 536) mitteilen

Aquariengläser
verschiedener Größe sind eingetroffen und hat billigst abzugeben
Eisleben, Markt 51
(im Eckladen).

Großer
Gelegenheitskauf
in
Leder
Ledersohlen,
Sohlleder,
Kernecken,
Gummiabsätze
sowie sämtliche
Schuhmacherbedarfsartikel
zu anerkannt konkurrenzlos billigen Preisen.
Für Händler und Hausierer Vorzugspreise.
Nur **Leder-Zentrale**
Eisleben, Freistr. 101,
neben Winklers Buchhandlung.

Jeder Leser der Volksstimme erinnere bei Einkäufen sich und den Verkäufer bezw. Geschäftsinhaber an den Inseratenteil der Volksstimme und besuche nur solche Veranstaltungen, zu denen durch Anzeige in der Volksstimme eingeladen wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210519-16/fragment/page=0008
DFG